

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

17. Sitzung vom 15. März 2004 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Claude Salathé, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
39 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Külling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Sachs Josef, Präsident der Schulpflege
Hitz Ernesto, Schulsekretär

Entschuldigungen
Fontana Peter
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Hedy Perroud und Louis Bucher
3. Ersatzwahl Mitglied Finanzkommission
4. Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro
5. Bericht und Antrag 10090 betr. Ordentliche Einbürgerungen
6. Bericht und Antrag 10092 betr. Sportzentrum Niedermatten / Kenntnisnahme vom Betriebskonzept / Genehmigung der Aufteilung der Betriebsaufwendungen / Schaffung einer neuen Stelle
7. Motion 10082 betr. Aufhebung des Schulsekretariates
8. Dringliche Motion 10091 betr. Ausrichtung der Finanzpolitik auf einen Steuerfuss von 110 %
9. Motion 10085 betr. Überarbeitung und Aktualisierung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Vorerst nochmals recht herzlichen Dank, dass Sie mich mit einem sehr guten Resultat gewählt haben. Die Übernahme dieses Amtes ist nicht nur eine Ehre für mich, sondern auch für meine Familie, Partei und Fraktion. Ich hoffe, dass ich dieses Amt zur vollen Zufriedenheit von allen ausüben kann.

Auch in den nächsten zwei Jahren wartet eine grosse Dosis Arbeit, Verantwortung und Verpflichtungen, um gemeinsam mit dem Gemeinderat all die Aufgaben, die unser Gemeinwesen fordert, in Angriff zu nehmen. Dabei werden wir vor Schwierigkeiten und Enttäuschungen nicht verschont bleiben. Doch mit grossem Einsatz, den alle leisten müssen, bin ich überzeugt, dass wir den eingeschlagenen Weg meistern können.

Die Vergangenheit war geprägt von Anschlägen und Krieg – ich denke dabei an den denkwürdigen 11. September 2001, die Kriege in Afghanistan und Irak und an den letzten Anschlag vom vergangenen Donnerstag in Madrid, aber auch an die vielen Konkurse von Firmen in ungewohnter Grössenordnung und die gähnend leeren Staatskassen und nicht zuletzt an die immensen Naturkatastrophen, welche die momentane Lage prägen. Alle diese ungewohnten Gegebenheiten und Vorkommnisse färben sich auf uns ab. Ob wir wollen oder nicht, wir sind damit konfrontiert. Unser über Jahrzehnte gewachsenes, vermeintlich sicheres Staatsgebilde, der hohe Lebensstandard, die sicheren Arbeitsplätze, haben einen Dämpfer erlitten. Besonders dramatisch scheint mir die Arbeitslosenquote von Jugendlichen, die im Moment auf dem Arbeitsmarkt besonders schlechte Karten haben. Der Einstieg ins Berufsleben wird immer schwieriger und härter.

Trotzdem sehe ich unserer unmittelbaren Zukunft mit Optimismus entgegen. Die bekannte Konjunktur-Forschungsstelle der ETH Zürich (KOF) spricht vom Erreichen der Talsohle und setzt wieder in Wachstum. Eine Befragung bei rund 5'800 Unternehmen hat ergeben, dass die Investitionen

wieder ansteigen. Problematisch bleibt allerdings das Baugewerbe und zum Teil der Dienstleistungssektor. Was bedeutet das für unsere Gemeinde? Auch Wohlen darf mit Optimismus in die Zukunft schauen. Die erfreulichen Steuereinnahmen dürften sich im 2004 fortsetzen. Um aber weiterhin erfolgreich zu bleiben, muss alles unternommen werden, um erfolgversprechende KMU's und gute Steuerzahler anzusiedeln. Allerdings braucht es dazu auch einen günstigen Steuerfuss. Wohlen darf als viertgrösste Gemeinde im Kanton Aargau durchaus als attraktiv betrachtet werden, besteht doch eine erstklassige Infrastruktur, die durch die Einweihung des Sportzentrums Niedermatten in diesem Jahr noch gesteigert wird.

Was wird vom Rat von der Bevölkerung erwartet?

- Es scheint mir wichtig, dass ehrlich, offen und mutig miteinander kommuniziert wird.
- Persönliche Querelen sollten nicht im Rat ausgetragen werden, ansonsten wird der Rat nicht mehr ernst genommen und verliert das Vertrauen der Bevölkerung.
- Der Einwohnerrat hat zielgerichtet zu arbeiten und nicht mit Spitzfindigkeiten oder demagogischen Äusserungen die kostbare Zeit zu verbraten.
- In letzter Zeit sind einige Einwohnerrats-Entscheide vom Volk zum Teil massiv verworfen worden. Volksentscheide sind uneingeschränkt zu akzeptieren. Der Rat sollte etwas mehr Gespür haben, was machbar und was lediglich wünschbar ist. Jeder von uns ist aufgefordert, Meinungen innerhalb der Bevölkerung abzuholen und herauszufinden, wo der Schuh drückt. Persönliche Profilierungen blockieren konstruktive Entscheide.

In diesem Sinne wünsche ich allen viel Freude und Genugtuung bei der Ausübung Ihres politischen Mandates und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Eingänge und Mitteilungen:

- Kleine Anfrage 10093 betr. Bericht und Antrag 10092

Kleine Anfragen werden innerhalb von 3 Monaten vom Gemeinderat beantwortet. Da diese Anfrage jedoch den Bericht und Antrag 10092 betrifft, welcher heute behandelt wird, werden die Fragen beim entsprechenden Traktandum beantwortet. Sinnvoller wäre es jedoch gewesen, die entsprechenden Fragen im voraus bei der Finanzverwaltung zu klären.

Heute erhalten Sie:

- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20./21. Oktober 2003
- Bericht und Antrag 10094 Sportzentrum Niedermatten/Fussballanlage: Bewilligung eines Zusatzkredites von Fr. 391'000.00 für die Ausführung des Allwetterplatzes in Kunstrasen
- Jahresbericht 2003 Verein für Jugend und Freizeit
- Gemeindebeschwerde i.S. Kunstrasen/Sportzentrum Niedermatten (von der Fraktion FDP verteilt)

Furter Fabian, SP: Ich stelle den Antrag auf Änderung der Traktandenliste. Als 5. Geschäft ist die Dringliche Interpellation 10091 traktandiert. Da es sich um ein dringliches Geschäft handelt, möchten wir es heute behandelt haben. Wir befürchten jedoch, dass dem nicht so sein wird.

Salathé Claude, Präsident: Es werden heute Abend alle traktandierten Geschäfte behandelt.

Inpflichtnahme Hedy Perroud und Louis Bucher

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Da Hedy Perroud und Louis Bucher heute das erst Mal dabei sind, müssen wir sie vor Behandlung der Geschäfte gemäss § 2 Abs. 4 unseres Geschäftsreglementes in Pflicht nehmen.

Ich bitte die beiden, vor den Gemeinderatstisch zu treten und ersuche alle Anwesenden, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Ich lese nun das Amtsgelübde vor und bitte Sie, dieses mit den Worten „Ich gelobe es“ zu bestätigen.

„Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates meine Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Gemeinde Wohlen zu fördern und den Gesetzen gemäss nach bestem Willen und Gewissen zu handeln.“

Ich danke Ihnen und stelle zu Händen des Protokolls fest, dass Sie jetzt als Einwohnerräte in Pflicht genommen worden sind.

Bei der Ausübung des verantwortungsvollen Amtes zum Wohle unserer Gemeinde wünsche ich Ihnen viel Erfolg und Befriedigung und heisse Sie im Namen aller Ratskolleginnen und -kollegen herzlich in unserem Kreis willkommen.

Salathé Claude, Präsident: Bevor wir zum Traktandum 3 kommen, möchte Gemeindeammann Walter Dubler zum Bericht und Antrag 10095 noch etwas sagen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Letzte Woche wurde der Entscheid des Departementes des Innern i.S. Kunstrasen bekannt. Der Gemeinderat hat an diesem Projekt bereits weitergearbeitet und Abklärungen getroffen. Wir haben den neuen Bericht und Antrag verabschiedet und allen Einwohnerräten an der heutigen Sitzung verteilt. Wir haben nun den Wunsch, dass der Einwohnerrat den Bericht und Antrag möglichst rasch behandelt. Den Termin können Sie festlegen. Die nächste Sitzung findet erst im Mai statt. Dies ist unserer Meinung nach zu spät, denn wir möchten den Arbeitsfluss nicht verzögern. In diesem Sinne bitten wir Sie, dass Sie dieses Geschäft möglichst bald behandeln.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Wie wir gehört haben, möchte der Gemeinderat die Sitzung vom Mai vorverschieben und die Mai-Sitzung möglicherweise ausfallen lassen.

Wir werden nun darüber abstimmen, ob wir die Sitzung im Mai abhalten oder sie auf den April vorverschieben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es geht nicht darum, dass wir die Mai-Sitzung ausfallen lassen. Wir möchten jedoch, dass dieses Geschäft vorher behandelt wird.

Bächer Andy, CVP-CSP: Können wir einen Sitzungstermin bestimmen, damit wir uns in den Fraktionen kurz beraten können?

Salathé Claude, Präsident: Sie haben gehört, dass die Sitzung wahrscheinlich in zwei bis drei Wochen stattfinden würde.

Gfeller Koni, FDP: Ich bitte den Gemeinderat einen Vorschlag zu machen.

Muff Sepp, SP: Am liebsten würde der Gemeinderat das Geschäft heute Abend noch behandeln. Wollen wir dies? Wir können doch nicht für ein einziges Traktandum eine Sitzung machen. Wollen wir daher nicht darüber diskutieren, ob wir das Geschäft heute behandeln wollen oder nicht.

Fricker Matthias, J-CVP: Unsere Fraktion schlägt den 5. April 2004 für die Sitzung vor.

Salathé Claude, Präsident: Ich werde nun die Sitzung für 5 Minuten unterbrechen, damit Sie in der Fraktion darüber beraten können, ob Sie einer Sitzung am 5. April zustimmen.

Sitzungsunterbruch

Meier René, Gemeinderat: Wenn wir erst im Mai wieder zusammen kommen, um über den Kunstrasen zu beschliessen, geht es nochmals 30 Tage, bevor das Geschäft rechtskräftig ist und man mit dem Kunstrasen weiterfahren kann. Sie müssen wissen, was dies für Auswirkungen hat: Wenn Sie nicht bereit sind, zu einer Extra-Sitzung zusammen zu kommen, kann es passieren, dass der Unterbau dieses Platzes nicht weitergeführt werden kann. Die Maschinen müssten nochmals auf den Platz geführt werden, was zusätzliche Kosten zur Folge hätte. Und dies nur, weil sie nicht bereit sind, am 5. April eine Sitzung abzuhalten. Sie werden diese Kostenkonsequenz tragen müssen und das tut mir ausserordentlich Leid.

Muff Sepp, SP: Wir haben nun beschlossen. Der Gemeinderat war nicht in der Lage, genau zu orientieren.

Gfeller Koni, FDP: Es benötigt noch eine GPK-Sitzung und diese Daten sind nicht gegeben. Dies ist der Grund, warum uns dies zu kurzfristig ist.

Meier René, Gemeinderat: Es ist ein Fehler passiert, da ein Datum vorgeschlagen wurde. Über diesen Vorschlag wurde nicht mehr diskutiert. Der Gemeinderat hatte somit keine Möglichkeit mehr, seine Argumente darzulegen. Daher konnten wir Sie nicht genügend informieren.

Fischer Fredy, SVP: Ich bitte den Einwohnerratspräsidenten, das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben.

Abstimmung

Der Antrag, am 5. April 2004 eine Einwohnerratssitzung abzuhalten

wird mit 20 Nein-, 17 Ja und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ersatzwahl Mitglied Finanzkommission

Fricker Matthias, Junge-CVP: Wir schlagen Ihnen Louis Bucher als Mitglied in die Fiko vor. Er ist aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit bestens geeignet für dieses Amt.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Da keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen werden, schlage ich Ihnen eine offene Wahl vor.

Es wird folgender Kandidat zur Wahl vorgeschlagen:

- Bucher Louis

Abstimmung

Bucher Louis wird grossmehrheitlich als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro

Bertschi Bruno, SVP: Wir haben Ihnen den Wahlvorschlag bereits per Post zugeschickt. Es gibt nichts mehr hinzuzufügen. Ich bitte Sie, Martina Tiefenbeck zu unterstützen.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Da es keine weiteren Vorschläge gibt, schlage ich eine offene Abstimmung vor.

Es wird folgende Kandidatin zur Wahl vorgeschlagen:

- Martina Tiefenbeck

Abstimmung

Martina Tiefenbeck wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Bericht und Antrag 10090 betr. Ordentliche Einbürgerungen

Meier Regula, Präsidentin der Einbürgerungskommission: Zu Beginn möchte ich eine Differenzierung des Bericht und Antrages vornehmen: Auf Seite 5 hat sich trotz mehrmaligem Durchlesen des Protokolls und des Bericht und Antrages ein Fehler eingeschlichen. Benjamin Renckly ist nicht grossmehrheitlich, sondern mit 1 Enthaltung zur Einbürgerung vorgeschlagen worden.

In den letzten 3 Sitzungen vom Jahr 2003 hatte sich die Einbürgerungskommission mit insgesamt 47 Personen zu befassen, davon sind heute 28 Personen/16 Gesuche zur Einbürgerung vorgeschlagen. Es handelt sich um gut integrierte und assimilierte Personen. Ich gehe davon aus, dass Sie alle den Bericht und Antrag gelesen haben.

Die Einbürgerungskommission muss sich jedoch in letzter Zeit vermehrt mit Gesuchstellern auseinander setzen, welche den Entscheid zur Rückstellung nicht akzeptieren wollen. Umso wichtiger erscheint es uns, dass klare Kriterien festgelegt werden. Zur Zeit wird die schriftliche Prüfung, welche wir in Wohlen durchführen, neu überarbeitet und der heutigen Zeit angepasst. Es wird neu eine Prüfung A und B geben. Weiter sind zur Zeit objektivere und überprüfbarere Vorschläge beim Gemeinderat. Ich werde Sie zu gegebener Zeit informieren.

Wahlresultat

Eingelegte Wahlzettel	39
leer / ungültig	<u>1</u>
gültig	38
absolutes Mehr	17

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/ LEER	TOTAL STIMMEN
1. Kabayel Fatma	30	8		38
2. Iseni-Elshani Suvada mit der Tochter Abiona	29	8	1	38
3. Okluoglu Ahmet und Okluoglu-Erkan Merzem mit der Tochter Aleya	31	6	1	38
4. Bajrami Zenun mit den Kindern Valbona, Arta, Drilon und Driton	30	8		38
5. Dirlik Ahmet und Dirlik-Oegüt Zöhre mit den Kindern Eylem, Melissa und Hasan Hüseyin	31	7		38

6. Karanovic Trivo	31	7		38
7. Karanovic Dragana	31	7		38
8. Conidi Alessia-Maria Carmela	33	5		38
9. Conidi Bruno	33	5		38
10. Ellaisy-Quaratiello Assunta Silvia mit der Tochter Sara	31	7		38
11. Pavic Jelena	32	6		38
12. Pavic Ante	32	6		38
13. Kabayel Yücel	31	7		38
14. Coleva Biljana	32	6		38
15. Kurtaj Shefkije	31	7		38
16. Renckly Benjamin	33	5		38

Bericht und Antrag 10092 betr. Sportzentrum Niedermatten / Kenntnisnahme vom Betriebskonzept / Genehmigung der Aufteilung der Betriebsaufwendungen / Schaffung einer neuen Stelle

Widmer Reto, GPK-Sprecher: Die GPK hat sich intensiv mit dieser nicht ganz leichtgewichtigen Vorlage befasst. Sie hat sich zu zwei Sitzungen getroffen, da sie es für nötig und sinnvoll erachtet hat, die Beschlüsse der ersten Sitzung nach den Fraktionssitzungen nochmals zu überdenken und weitwinklig zu durchleuchten, was dann auch zu einer neuen Beschlussfassung geführt hat.

Zwei Gremien, der Gemeinderat und der Einwohnerrat, müssen heute Abend zusammen ein optimiertes Regelwerk zur Gültigkeit bringen, wobei dies durchaus eine ordentliche Gratwanderung darstellt. Es besteht durchaus die Gefahr, sich zu sehr in Details zu verbeissen, das gute Werk „kaputt zu reden“. Gemäss Gemeinderat ist dieses Betriebskonzept aber nicht das Gelbe vom Ei, sondern eine Zwitterlösung, bei der sich die Beteiligten einmal für ein Modell, eben dieses, entschieden haben. Der Gemeinderat nennt dieses Papier wohl nicht zuletzt deshalb „Entwurf“.

Ich will als GPK-Sprecher als erstes festhalten, dass wir diesen vorliegenden Entwurf gut finden und allen Beteiligten, welche sicher stundenlang daran gearbeitet und sich zu diversen Sitzungen getroffen haben, für ihre Arbeit herzlich danken möchten. Wenn ich in der Folge auch noch die Kritikpunkte erwähne, welche während den GPK-Sitzungen aufkamen, so wollen wir diese aus Sicht konstruktiver Mitarbeit im Sinne der Wohler Bevölkerung nennen und nicht aus einer misstrauischen Absicht heraus, die Produzenten dieses guten Werks „beschulmeistern“ oder schlechter Arbeit bezichtigen zu wollen.

Hauptdiskussionspunkte und -kritikpunkte während den GPK-Sitzungen:

- Ein zentrales Diskussionsthema war die Stellung des Betriebswartes, wobei gewünscht wurde, dass seine Stellung gestärkt wird und seine Kompetenzen als wichtiger Mann oder wichtige Frau klarer definiert werden. Diese Person muss nach Ansicht der GPK über viele Fähigkeiten verfügen: Von der Feinmechanik und Intelligenz über die Ausstrahlung von Autorität bis hin zur Integrität, was sich keinesfalls ausschliesst. Die GPK möchte an dieser Stelle klar darauf hinweisen, dass das Anforderungsprofil in der Stellenausschreibung dementsprechend aussehen sollte.
- Die GPK ist der Meinung, dass die geschätzten Personalkosten für den Betriebswart (Fr. 85'000.00) und die Kosten für das Bauamt (Fr. 25'000.00) nicht genügen werden und der Gemeindebeitrag deshalb die Fr. 250'000.00 übersteigen wird, was vom Gemeinderat auch nicht abgestritten wurde. Die GPK ist aber klar der Meinung, dass der Betrag von Fr. 250'000.00 nicht anwachsen darf, speziell deshalb, da dieser Betrag und kein höherer dem Volk unterbreitet worden ist. Aus der Diskussion entsteht der Antrag, die Betriebskosten von Fr. 250'000.00 zu plafonieren. Es wurde auch vorgeschlagen, die Erfahrungen und Betriebskosten nach einer gewissen Zeit zu evaluieren und dem Einwohnerrat Bericht und Antrag darüber vorzulegen.
- Man hat sich gefragt, ob es wirklich angebracht ist, dass die Gemeinde den Vereinen eine Entschädigung auszahlt, wenn externe Gruppen oder auch die Schule eine Anlage benützen. Könnten die dadurch entstehenden Reinigungs- und Unterhaltsarbeiten nicht auch vom Betriebswart, welcher ja auch schon von der Gemeinde bezahlt wird, übernommen werden?
- Für die Tragweite der Vorlage kommt diese unserer Meinung nach ziemlich spät – wir sind in den GPK-Sitzungen unter einem richtiggehenden Absegnungsdruck gestanden, was auch heute Abend noch der Fall sein wird, da der Zeitplan bis im Juni, wo die Anlage ja vollständig eröffnet sein soll, doch sehr gedrängt ist. Die GPK hat sich deshalb gefragt, ob diese Vorlage nicht früher hätte vorgelegt werden können.
- Gewichtigster Diskussionspunkt: Die GPK kam zum Befund, dass die Grundsatzvereinbarung der am Sportzentrum beteiligten Parteien vom 29. September 2001, Gefahr läuft, verwässert zu werden, sofern dies nicht bereits geschehen ist. Ernsthaft gestossen haben sich diverse GPK-Mitglieder an Punkt 6 "Kosten" des Bericht und Antrags, wo der grosse Posten Strom, Gas und Wasser von Seiten der Einwohnergemeinde übernommen werden soll. In der Tat werden anderen Vereinen diese Betriebskosten auch übernommen, aber es spielt ja dann schon noch eine Rolle, ob einfach eine Turnhalle und ein Jassstübli beleuchtet werden muss oder eben 3 Fussballfelder, ein Leichtathletikstadion und Weiteres. In der Grundsatzvereinbarung steht klar, dass die 3 Sportvereine ihre Anlagen in Eigenverantwortung selber betreiben und für die durch den betrieblichen Unterhalt verursachten Kosten selber aufkommen müssen. Von einer Übernahme des mit jährlich Fr. 114'000.00 dotierten Postens „Strom, Gas und Wasser“ steht in der Grundsatzvereinbarung nichts und jetzt müssen wir zu hören bekommen, dass die Vereine in Konkurs gehen werden, wenn diese Betriebskosten nicht von der Einwohnergemeinde übernommen werden. Vor diesem Hintergrund gab es GPK-Mitglieder, welche diese Fr. 114'000.00 am liebsten gänzlich den Vereinen verrechnet hätten. Eine Mehrheit der Mitglieder hat sich daran gestossen, dass mit dem Konzept dieser Pauschalausschüttung von den Vereinen keinerlei Sparwillen gefordert wird.

Offenbar waren sich die Vereine in der Anfangseuphorie bei der Unterzeichnung der Grundsatzvereinbarung über die Folgekosten und deren Auswirkungen zu wenig im Klaren oder aber dieser ja nicht gerade nebensächliche Posten wurde damals zu wenig klar und deutlich zugeteilt oder schlicht vergessen. Alle diese Varianten erachtet die GPK als unzulänglich und wir wollen diese Kritik hier klar deponiert haben. Es waren deutliche Voten gefallen an unseren Sitzungen, z.B. dass es sich von Seiten der Sportvereine um ein „Nehmen und ein Nehmen“ statt um ein „Nehmen und ein Geben“ handelt oder dass man bereut, diesem Sportzentrum damals zugestimmt zu haben. Die Vereine haben mit den neu zu tragenden Folgekosten in dieser für sie völlig neu dimensionierten Anlage zweifellos keine Erfahrung. Die Frage ist nun:

Sind die Vereine wirklich überfordert und in ihrer Existenz gefährdet, wenn ihnen die Gemeinde nicht unter die Arme greift?

Bei dieser Frage tut sich für die GPK eine entscheidungerschwerende Grauzone auf, bei der wir uns nun aber mehrheitlich nach dem Motto „im Zweifel für die Vereine“ ausgesprochen haben. Der GPK ist die Existenz der Vereine nicht gleichgültig, da diese nicht zuletzt ja auch einen wichtigen Beitrag zum Unterhalt der Anlage leisten. Die GPK ist nun vor der schwierigen Aufgabe gestanden, einerseits ihre Prüfungsfunktion mit einer kritischen Haltung wahrzunehmen und andererseits auch nicht gerade mit dem Zweihänder etwas schädigen zu wollen, worüber wir aus objektiver Warte nicht genug wissen können. Nach zähem Ringen und diversen Anträgen konnten wir aber die Hauptstossrichtung unserer Meinungen dennoch in einen Antrag fassen.

Währenddem Ihnen die GPK die Punkte 1 und 3 des dreiteiligen gemeinderätlichen Antrages einstimmig zur Annahme empfiehlt, schlägt sie Ihnen bei Punkt 2 mit 5:1 Stimmen, einen Ergänzungsantrag vor, bei dem der gemeinderätliche Antrag in der bestehenden Form übernommen wird, aber noch um einen Zusatz ergänzt werden soll:

„Die Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen sei zu genehmigen, wobei der Gemeindebeitrag von Fr. 250'000.00 bis Juni 2006 zu plafonieren sei. Dannzumal sei ein neuer Bericht und Antrag betreffend Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen (Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball-Club Wohlen und Tennis Club Wohlen Niedermatten) vorzulegen.“

Wir von der GPK sind überzeugt, dass dieser Ergänzungsantrag von uns sehr vereinsbejahend und vor allem auch sehr gut umsetzbar ist, da gerade der Hauptposten der Betriebsaufwendungen, Strom, Gas und Wasser, separat pro Verein abgerechnet und in 2 Jahren einer Neu Beurteilung unterzogen werden kann – in 2 Jahren, dann, wenn die jetzt fehlenden Erfahrungswerte vorliegen.

Unter diesem Aspekt möchte die grosse Mehrheit der GPK Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich werde in zwei Teilen Stellung nehmen. Zuerst beantworte ich die Kleine Anfrage 10093 betr. Betriebskonzept Niedermatten der Finanzkommission:

Die einzelnen Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1

Wie ist der Stand der Dinge. Wie weit wurde bis zum heutigen Tag das Budget überschritten?

Antwort

Die Kostenkontrolle per 1. März 2004 zeigt folgendes Bild (exkl. MwSt):

Kostenvoranschlag	Fr. 16'452'650.00
Abgeschlossene Verträge	Fr. 14'742'952.85
Geleistete Zahlungen	Fr. 10'510'452.50

Frage 2

Wie sehen die Eigen- und Bargeldleistungen durch die drei Vereine im Moment aus?

Antwort

Der Fussball-Club Wohlen, der Tennis Club Wohlen Niedermatten und die Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen haben sich gemäss Grundsatzvereinbarung vom 29. September 2001 verpflichtet, je Finanzierungsbeiträge von Fr. 500'000.00 zu leisten, und zwar in Form von Barmitteln oder Eigenleistungen im Rahmen des Bauprogramms und der Ausstattung der ihnen zur prioritären Benutzung zugewiesenen Sportbauten.

Fällig sind die Leistungen bis spätestens Bauvollendung. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die drei Partner ihre diesbezüglichen Verpflichtungen erfüllen werden. Über den Stand der Finanzierungsbemühungen weiss der Gemeinderat nicht mehr, als die Partner bisher via Medien bekannt gegeben haben.

Frage 3

Wie werden die Eigenleistungen der Vereine verrechnet?

Antwort

Die Arbeiten werden gemäss Submissionsdekret ausgeschrieben. Wenn die Vereine die Arbeit selber machen, wird ihnen die Auftragssumme gutgeschrieben.

Unter dem Zeitdruck des Ausführungsablaufs konnten bisher nur sehr wenige Eigenleistungen erbracht werden.

In Eigenleistung erstellt wird beispielsweise die Finnenbahn. Es besteht die Möglichkeit, über eine längere Zeitdauer daran zu arbeiten.

Frage 4

Wo wird die vorher bereits bestehende Scheinwerferanlage des FC Wohlen von der Paul-Walser-Stiftung benötigt bzw. neu installiert?

Antwort

Die bestehende Scheinwerferanlage wurde 2001 erneuert. Die Gemeinde leistete daran einen Beitrag von Fr. 13'000.00. Leider kann sie nicht – wie ursprünglich erhofft – im Sportzentrum Niedermatten für die Beleuchtung eines Trainingsfeldes eingesetzt werden, da sie nicht auf das moderne, die Umgebung respektierende Beleuchtungskonzept abgestimmt werden kann, da es je nach Beleuchtung Emissionen geben kann. Die Beleuchtung auf dem Paul-Walser-Platz wird mit dem Platz zusammen in das Eigentum der Einwohnergemeinde übergehen. Möglicherweise ergibt sich später ein sinnvoller Verwendungszweck dafür.

Frage 5

Wird das Bauamt durch die Schaffung einer Hauswartstelle tatsächlich entlastet?

Antwort

Ziel der Betriebswartstelle ist nicht die Entlastung des Bauamtes. Wie im Entwurf des Betriebsreglements umschrieben, hat der Betriebswart insbesondere alle technischen Anlagen zu warten, sowie die allgemeinen Anlagen (Parkierungsanlagen, Kinderspielplätze, Zufahrtswege) und Freizeitsportanlagen zu betreuen. Er ist Ansprechstelle für das Sportzentrum. Die Anlage als solche kann nicht durch das Bauamt quasi aus Distanz betreut werden. Es braucht eine verantwortliche Person auf dem Platz.

Das Bauamt ist für die Rasenpflege und den Unterhalt der Grünanlagen zuständig, wie das bereits bisher beim Paul-Walser-Platz der Fall war. Es entsteht für das Bauamt etwas mehr Aufwand, welcher ohne Stellenerweiterung aufgefangen werden soll.

Frage 6

Wird das Bauamt nur in dringenden Fällen für Arbeiten aufgeboden?

Antwort

Siehe Antwort zu Ziffer 5.

Frage 7

Wie viele Hauswartsnebenstellen werden zusätzlich geschaffen?

Antwort

Seitens der Gemeinde werden keine zusätzlichen Hauswartsnebenstellen geschaffen, denn die Wartung der den Vereinen zugewiesenen Anlagen erfolgt durch diese. Ausgenommen ist die Wartung der technischen Anlagenteile, welche wie erwähnt dem Betriebswart obliegt.

Frage 8

Welche Arbeiten werden durch den vollamtlichen Hauswart während der Wintersaison erledigt?

Antwort

Die Anlage braucht auch im Winter eine minimale Betreuung und Beaufsichtigung. Daneben wird der Betriebswart allfällige aufgelaufene Überzeit aus der Sommersaison kompensieren. Schliesslich sind auch Kombinationen mit der Kunsteisbahn, die im Winter Hochsaison hat, geplant.

Ich komme nun zum eigentlichen Bericht und Antrag, zur Stellungnahme des Gemeinderates:

Ausgangslage

Im Dezember 2001 hat der Einwohnerrat den Kredit für den Bau des Sportzentrums von Fr. 17.7 Mio. mit einem eindrücklichen Stimmenverhältnis von 37 Ja- Stimmen gegen 1 Nein-Stimmen bewilligt. Am 3. März 2002 haben die Wohler Stimmberechtigten bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung den Kredit mit 2'835 Ja-Stimmen deutlich gutgeheissen. Der Ja-Stimmenanteil betrug 64,2 %.

Im Vorfeld wurden sowohl der Einwohnerrat als auch die Stimmberechtigten umfassend informiert. Sowohl im Bericht und Antrag an den Einwohnerrat als auch in der Vorlage an das Stimmvolk wurden die Folgekosten dargestellt. Es wurde von jährlichen Folgekosten von durchschnittlich Fr. 809'800.00 ausgegangen. Diese teilen sich auf in Zinskosten und Abschreibungen mit rund Fr. 559'800.00 sowie Betriebs- und Unterhaltskosten zu Lasten der Gemeinde von Fr. 250'000.00. Für den Rest haben der Tennis Club, der FC Wohlen und die Genossenschaft Athleticum aufzukommen.

Betriebskonzept

Um auf die Eröffnung eines der grössten Bauwerke, welches die Gemeinde je gebaut hat, gerüstet zu sein, hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich intensiv mit dem künftigen Betrieb auseinandergesetzt hat.

In der Arbeitsgruppe arbeiteten:
Vertreter Gemeinde

Walter Dubler, Gemeindeammann (Vorsitz)
Peter Hartmann, Gemeindeschreiber
Bruno Hunkeler, Werkmeister

Vertreter FC Wohlen

Jacques Sauter
Andy Bächer

Vertreter Athleticum

Christian Müller
Rolf Stadler

Vertreter Tennis-Club

Hans Bernhard
Thomas Burkard

Aufgrund dieser Zusammensetzung war sichergestellt, dass die wertvollen Erfahrungen, welche sowohl der Tennis Club Wohlen als auch der FC Wohlen haben, in die Regelung des künftigen Betriebes einfließen. Ich muss die Aussage des GPK-Sprechers differenzieren: Man kann nicht von einer Absegnungsvorlage sprechen, da auf Antrag der FDP seinerzeit die Stelle des Betriebswartes aus dem Voranschlag gestrichen wurde. Es geht nun darum, die Stelle zu bewilligen. Die restliche Arbeit hätte der Gemeinderat so oder so machen müssen.

Seit vielen Jahren betreuen diese beiden Clubs ihre Anlagen auf dem Paul Walser-Areal in Selbstverantwortung. Sie tun dies zur vollen Zufriedenheit ihrer Mitglieder. In der vom Gemeinderat, den Sportorganisationen und der Stiftung Sportplatz Wohlen unterzeichneten Grundsatzvereinbarung ist festgehalten, dass die Selbstverantwortung auch künftig einen hohen Stellenwert haben soll. Wie immer, wenn ein komplett neuer Betrieb auf die Beine gestellt wird, ist man auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen. Es wird mit ungefähren, jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten von Fr. 250'000.00 zu Lasten der Gemeinde gerechnet. Daneben werden aber die drei Sportorganisationen erheblich in die Pflicht genommen. So müssen die drei Sportorganisationen zusammengerechnet rund 2 volle Hauswarte-Stellen besetzen und zahlreiche Arbeiten selber vornehmen. Dies ist günstiger, als wenn die Gemeinde alle anstellen müsste. In der Arbeitsgruppe und im Gemeinderat wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, in welcher Form die Gemeinde ihren Beitrag zu Betrieb und Unterhalt leisten soll. Eine war, dass die Gemeinde alle Hauswartstellen besetzt und sich die Sportorganisationen daran beteiligen. Eine zweite Lösung wäre das Entrichten von Beiträgen an die Sportorganisationen, welche ihrerseits das Personal anstellen. Die aufgezeigte Lösung wurde letztlich als die für alle Beteiligten vorteilhafteste beurteilt. Die Anlage kostet über Fr. 18 Mio. und ist im Eigentum der Gemeinde. Es ist deshalb angezeigt, dass die Gemeinde ihre Verantwortung mit einem qualifizierten Betriebswart wahrnimmt. Wie bei allen anderen Gemeindeliegenschaften werden von der Gemeinde in den Fällen Serviceverträge abgeschlossen, wo diese als sinnvoll erachtet werden.

Die Uebernahmen der Energie- und Wasserkosten durch die Gemeinde erwies sich als geeignet, weil sie ein wesentlicher Kostenpunkt sind. Alle anderen Vereine, welche gemeindeeigene Räume oder Turnhallen benutzen, bezahlen nämlich auch nichts an die Energie- und Wasserkosten. Die Arbeitsgruppe und der Gemeinderat sind überzeugt, dass der Tennis Club, der FC und die Genossenschaft Athleticum sich kosten- und energiebewusst verhalten.

Haltung Gemeinderat zu GPK-Antrag:

Der Gemeinderat bittet Sie, den Zusatzantrag abzulehnen. Es gibt Folgendes zu bedenken: Wie bereits aus dem Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde ersichtlich ist, wurde für das Sportzentrum Niedermatten eine eigene Dienststelle eröffnet, d.h. sämtliche Ausgaben, welche die Gemeinde tätigt, sind in der Jahresrechnung und im Voranschlag ausgewiesen. Das Mitspracherecht des Einwohnerrates ist so gewährleistet. Der Gemeinderat bittet Sie von einer Plafonierung abzusehen.

Es gilt, sich folgendes bewusst zu sein: Wohlen kommt dank einer engen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, dem Tennis Club, dem FC und der Genossenschaft Athleticum zu einer beispielhaften und schönen Sportanlage. Die drei Sportorganisationen bringen zusammen Fr. 1.5 Mio. ein. Zusätzlich müssen sie einiges an Einrichtungs-, Inventar- und Mobiliargegenständen zu eigenen Lasten anschaffen. Zudem erhält die Gemeinde das Paul Walser-Areal unentgeltlich. Dafür wurde ein Landwert von Fr. 5 Mio. angenommen. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass dies ein vorsichtig geschätzter Wert ist. Berücksichtigt man die heute beanspruchte Fläche, so erbringt der FC Wohlen nebst den Fr. 0.5 Mio. und dem Land im Wert von rund Fr. 4 Mio. eine Eigenleistung von total Fr. 4.5 Mio. Beim Tennis Club sind es nebst dem Beitrag von Fr. 0.5 Mio. und dem Land im Wert von rund Fr. 1 Mio. total Fr. 1.5 Mio. an Eigenleistung.

Berücksichtigt man weiter die Fr. 4 Mio., welche aus dem Sport-Toto-Fonds kommen, so wird an das Sportzentrum total Fr. 10.5 Mio. von Dritten beigesteuert. Dies ist deutlich mehr als die Hälfte der Baukosten. Die Anlage ist aber im alleinigen Eigentum der Gemeinde. Mir ist kein Beispiel bekannt, wo Dritte soviel an eine Anlage beisteuern, welche letztlich allein der Gemeinde gehört.

Zu den drei Sportorganisationen und ihren Verantwortlichen, welche inner- und ausserhalb der Baukommission konstruktive und harte Knochenarbeit leisten, gilt es deshalb grösste Sorge zu tragen. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Viele Leute engagieren sich mit viel Herzblut für ein gutes Gelingen. Sie setzen alles daran, dass das Sportzentrum eine tolle Sache wird. Nehmen Sie bitte diese Leute ernst und haben Sie auch Vertrauen in deren kostenbewusstes Handeln. Der Gemeinderat hat dieses Vertrauen und dankt schon heute allen, welche sich in hervorragender Weise bisher und auch in Zukunft für das Sportzentrum Niedermatten engagieren.

Ein ganz wichtiger Punkt ist folgender: Zwischen der Gemeinde, dem Tennis Club, dem FC, der Genossenschaft Athleticum und der Stiftung Sportplatz Wohlen wurde gemeinsam eine Lösung ausgearbeitet, hinter der alle stehen können. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, dass es beim künftigen Betrieb zu einem friedlichen, harmonischen und kameradschaftlichen Miteinander kommt. Der Konsens ist vorhanden. Auch dazu gilt es Sorge zu tragen. Respektieren Sie bitte die bisher von vielen Leuten geleistete grossartige Arbeit. Verfolgen Sie in der Diskussion die grossen Linien wie es der Präsident in seiner Antrittsrede einleitend erwähnte.

Der Gemeinderat bittet Sie, seinen Anträgen unverändert zuzustimmen und den Zusatzantrag der GPK abzulehnen.

Chaksad David, SP: Ich bin im positiven Sinne erstaunt über die schnelle Beantwortung der Kleinen Anfrage, habe aber eine Frage an den Gemeinderat: Wieviel kostet die Anlage schlussendlich? Nennen Sie uns eine klare Zahl! Was kostet uns die Anlage inkl. MwSt, inkl./excl. Kunstrasen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen. Es hat alles seinen Weg. Wir sehen dies auch in den Unterlagen des Departementes des Innern, welche wir heute bekommen haben, dass der Gemeinderat im Falle einer Überschreitung einen Zusatzkredit beantragen muss. Wie auch in der Privatwirtschaft kann erst abgerechnet werden, wenn die Arbeit erledigt ist. Über Prognosen hat man sich verschiedentlich ausgelassen, dies ist jedoch nicht Thema der heutigen Sitzung.

Stäger Andreas, J-CVP: Wie wir es vom Gemeindeammann gehört haben, ist die Gemeinde Wohlen alleinige Eigentümerin der Anlage. Für uns ist somit klar, dass auch wir unseren Anteil an die Anlage leisten müssen. Dies ist bei gemeindeeigenen Liegenschaften üblich.

Mit dem vorliegenden Konzept darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die beteiligten Vereine ihren Beitrag leisten. Trotz den vereinseigenen Betriebswarten, wird ein gemeindeeigener Betriebswart benötigt. Schlussendlich ist es im Interesse der Gemeinde, dass ein eigener Angestellter

für Sauberkeit und Ordnung auf der Anlage sorgt. Wir sind einstimmig für den Bericht und Antrag, stellen jedoch folgenden Zusatzantrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Betriebskonzept des Sportzentrums Niedermatten nach 3 Jahren einer Evaluation zu unterziehen und dem Einwohnerrat Bericht und Antrag mit einer Neubeurteilung des ganzen Konzeptes vorzulegen.

Wir sind der Meinung, dass mit dem Projekt Erfahrungen gesammelt werden sollen, so dass man nach 3 Jahren eine saubere Evaluation vornehmen kann. Wir bitten Sie, dem Bericht und Antrag mit diesem Zusatzantrag zuzustimmen.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktionsgemeinschaft SP/Eusi Lüt & Grüne und EVP nimmt wie folgt Stellung zu den drei Anträgen:

Wir können hinter der Schaffung einer neuen Stelle für einen Betriebswart stehen. Wir finden es ebenfalls wichtig, dass die Sportanlage in guten Händen ist und fachgerecht unterhalten wird. Wir bezweifeln aber, dass mit Fr. 85'000.00 eine entsprechend gut ausgebildete Fachperson angestellt werden kann.

Obwohl das Betriebskonzept reichlich spät auf dem Tisch liegt, können wir ihm zustimmen. Wir hätten uns aber schon vorgestellt, dass ein Betriebskonzept für einen Fr. 19 Mio.-Bau etwas früher als 3 Monate vor der Eröffnung ausgearbeitet ist.

Mit den vorgeschlagenen Kostenaufteilungen können wir uns aber gar nicht anfreunden. Es widerspricht für uns sämtlicher Logik und Konsequenz, wie einer Grundsatzvereinbarung in umgekehrter Richtung nachgelebt werden kann. In der Grundsatzvereinbarung, die von allen involvierten Vereinen unterzeichnet wurde, ist klar und deutlich festgehalten, dass für die Betriebs- und Unterhaltskosten die einzelnen Benutzer aufkommen werden, sprich die Vereine. Nun müssen wir jedoch hören, dass sie sich dies gar nicht leisten können. Uns fehlen in diesem Bericht und Antrag klare Zahlen. Wir wissen nicht, wieviel Geld oder Mitglieder die drei Vereine haben, dies fehlt schlichtweg.

Dass der Gemeinderat eine sportliche Regierung ist, durften wir schon einige Male feststellen. Und dass auch im Einwohnerrat viele Sportinteressierte sitzen, ist eine Tatsache. Aber nur weil Fr. 250'000.00 für Sport budgetiert wurden, muss nicht alles ausgegeben werden. Hier ist ein ganz klares Sparpotenzial vorhanden. Es mutet unehrlich an, vom Sparen zu reden, wenn solche Möglichkeiten nicht einmal geprüft werden. Man könnte ja noch einem Kollegen oder den potenziellen Wählern auf die Füsse treten.

Es macht für uns den Anschein, dass den Vereinen alles gegeben wird. Natürlich müssen sie Wartungspersonal anstellen und sie mussten einen namhaften Beitrag leisten. Ich möchte festhalten, dass es überhaupt nicht unser Ziel ist, die Vereine in den Ruin zu stürzen. Auch haben die Vereine den Aufwand für das Projekt sicher unterschätzt. Wir finden es aber gar nicht in Ordnung, wenn nun den Vereinen sämtliche Kosten für Wasser, Gas und Strom abgenommen werden. Eine gewisse Beteiligung ihrerseits muss gewährleistet sein. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn bei Randständigen Geld gestrichen wird, bei den Sportvereinen aber nicht einmal hinterfragt wird, wie ihre finanzielle Lage aussieht.

Es stellen sich für mich weiter ganz praktische Fragen, nach den bisherigen Kosten für Strom/Wasser/Gas. Zum Beispiel: Wie wurde bis anhin am Abend Tennis gespielt? Wahrscheinlich nicht im Dunkeln. Wurde nach dem Sport nicht geduscht? Wer bezahlte die Wasserrechnung? Diese Kosten fallen scheinbar nun erst im neuen Sportzentrum an. Es ist eine merkwürdige Argumentation, dass diese Kosten von den Vereinen nicht mal ansatzweise übernommen werden können.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass dieses Sportzentrum hauptsächlich für die Vereine gebaut wurde, deren Mitglieder auf der Anlage ihrem Hobby nachkommen können. Die Gemeinde soll die grosse Arbeit der Vereine, nicht zuletzt im Jugendbereich, auch honorieren. Dass die Gemeinde nun aber sämtliche Energiekosten für das Hobby von Sportlern übernehmen soll, widerspricht der Grundsatzvereinbarung und jeglichem Sparwillen des Gemeinde- und Einwohnerrates.

Wir nehmen den Vereinen nichts weg, wenn sie sich an den Kosten beteiligen. Sondern wir nehmen sie nur in ihre Pflicht, als Hauptnutznießer dieser Anlage. Wir wissen aber nicht, wie es denn um die Finanzen der Vereine steht.

Wir finden allgemein die Aufteilung der Kosten intransparent.

- Man weiss nicht, wie viel dem Bauamt für die Grünflächenpflege im Paul Walser-Areal und Notter Platz bisher verrechnet wurde.
- Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird es nicht gelingen einen Betriebswart für Fr. 85'000.00 anzustellen.
- Wir wissen weder von einem Budget der am Sportzentrum beteiligten Vereine noch von den Mitgliederbeiträgen und der Anzahl der Mitglieder oder den letztjährigen Energiekosten, die sie auch bezahlen konnten.

Es macht für mich den Anschein, dass die Fr. 250'000.00, auf Gedeih und Verderb, einfach ausgeschöpft werden müssen, ohne dass die Vereine in die Verantwortung für Energiesparen und Kostenbeteiligung eingebunden werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir stellen Ihnen folgenden Antrag:

Der Punkt 2 des Berichts und Antrages 10092 sei zurückzuweisen. Der Gemeinderat wird beauftragt bis zur nächsten Einwohnerratssitzung:

1. *dem Einwohnerrat Transparenz über die Budgets, die letztjährigen Kosten für Strom/Wasser/Gas, die Anzahl der Mitglieder und die Jahresbeiträge der involvierten Vereine zu verschaffen.*
2. *dem Einwohnerrat eine neue Aufteilung der Kosten für Strom/Wasser/Gas mit einer angemessenen Kostenbeteiligung der involvierten Vereine vorzulegen.*

Wenn diese Angaben vorhanden sind, wird es dem Einwohnerrat leicht fallen, über die Beteiligung der Gemeinde zu befinden. Wir sind überzeugt, dass es den Betroffenen möglich sein wird, in kurzer Zeit diese Angaben zusammenzutragen, sodass ein faires Modell in nützlicher Frist ausgearbeitet werden kann. Aber einfach alles zu bezahlen, ohne genau hinzuschauen, ist nicht die Arbeitsweise des Einwohnerrats.

Diskussion Rückweisungsantrag

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Jauslin Matthias, FDP: Ich bin erstaunt über den Antrag der SP. Sie haben der Skateanlage zugestimmt, obwohl weder Strom- noch Unterhaltskosten oder ein Betriebsreglement bekannt war.

Wir haben ein Zeitproblem, denn die Anlage muss in Betrieb genommen werden. Es gehört heute ein klarer Entscheid auf den Tisch. Eine Rückweisung ist kein klarer Entscheid. Unsere Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Es haben sechs Personen an diesem Betriebskonzept mitgearbeitet. Diese wissen ganz genau Bescheid über die anfallenden Kosten. Dieser Rückweisungsantrag ist für mich unhaltbar.

Furter Fabian, SP: Da sieht man, wie man mit anderen Meinungen umgeht. Wir unterbreiten Ihnen einen anderen Vorschlag, dies ist alles. Wir wollen die Beteiligten dazu motivieren zu sparen. Wir stellen die Fr. 250'000.00 nicht in Frage, sondern wir wollen über ein anderes Konzept sprechen.

Falls wir heute darüber beschliessen, können wir dies nicht mehr rückgängig machen. Sobald wir die Zahlen haben, können auch wir dem Bericht und Antrag zustimmen.

Fricker Matthias, J-CVP: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen. Es stimmt nicht, dass die Vereine nicht in die Pflicht genommen werden. Die Aussagen sind teilweise vermessen. Es ist nicht der Fall, dass die Vereine nur nehmen, jeder Verein hat sehr viel geleistet und eine halbe Million beschafft. Dies ist eine grosse Leistung.

Die Vereine müssen zusammen ausserdem ca. 590 % Stellenprozente sicherstellen. Jeder weiss, was dies kostet. Zusätzliche Ausgaben für Mobiliar werden einen sechsstelligen Betrag ausmachen.

Bertschi Bruno, SVP: Es handelt sich um eine neue Anlage. Niemand weiss heute, was die Kosten unter dem Strich ausmachen. Der Antrag der GPK, die Fr. 250'000.00 zu plafonieren, erachte ich als sinnvoll. Dies ist der Betrag, der vom Stimmvolk bewilligt wurde, mehr dürfen wir nicht ausgeben. Die Vereine werden so zum Stromsparen animiert. Ausserdem kann es nicht sein, dass von der IBW teurer Ökostrom bezogen wird. Bewilligen wir nun die Fr. 250'000.00.

Gfeller Koni, FDP: Wenn ein solches Gebäude erstellt wird, ist es klar, dass Betrieb und Unterhalt gemacht werden muss und dass dies kostet! Eine Arbeitsgruppe hat dieses Konzept erarbeitet und die Bedingungen festgelegt. Natürlich sind noch viele Fragen offen. Niemand hat Erfahrung oder weiss, welche Kosten anfallen und abgewälzt werden müssen.

Mit ihrem Antrag will die GPK verhindern, dass die Anstellung nicht vorgenommen werden kann und das Betriebskonzept nicht in Angriff genommen werden kann. Wir müssen dafür sorgen, dass weitergearbeitet werden kann. Wir können dem Antrag des Gemeinderates also mit einer kleinen Auflage zustimmen.

Falls die Vereine tatsächlich nicht das nötige Geld haben sollten, kann immer noch mit einem Bericht und Antrag ein Kredit gesprochen werden. Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

Bächer Andy, CVP-CSP: Wenn der Antrag zurückgewiesen wird, können die Vereine nicht weiterarbeiten. Die Vereine müssen jetzt wissen, wie sie das Budget zu gestalten haben. Sie müssen die Stelle ausschreiben können und die Anstellung vornehmen.

Es wurde gesagt, dass die Vereine nicht zum Sparen animiert wurden. Es wird hier von Sachen gesprochen, die gar nicht beurteilt werden können. Die Vereine stehen bereits jetzt in der Eigenverantwortung. Die Zahlen im Bericht und Antrag beruhen auf Erfahrungswerten, die Kosten wurden anhand von vergleichbaren Zentren anderer Gemeinden berechnet, da die Gemeinde Wohlen keine Anlage dieser Grössenordnung besitzt. Die Anlage in Zofingen kostet beispielsweise ein Vielfaches dieser berechneten Kosten.

Ich bitte Sie den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen.

Perroud Arsène, SP: Wir wollen nicht die Arbeitsgruppe in Beschuss nehmen, sondern den Bericht und Antrag. Wir können mit den vorliegenden Zahlen nichts anfangen. Dies ist unser Problem. Wir

möchten die Budgets der Vereine vorliegen haben, damit wir dem Bericht und Antrag mit gutem Gewissen zustimmen können. Dies ist ein kleiner Wunsch.

Meier Rene, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Arsène Perroud verlangt Budgets des letzten Jahres betr. Energiekosten. Da die Kosten des Sportzentrums Niedermatten mit den jetzigen Kosten der Vereine nicht verglichen werden können, werden Ihnen diese Zahlen nicht weiterhelfen. Die Genossenschaft Athleticum hat z.B. weder Budget noch Jahresrechnung des letzten Jahres.

Weiter wird ein Budget der Vereine für die nächste Saison verlangt. Dies zeigt, dass das nötige Vertrauen in die Aussage der Vereine, dass sie dies nicht finanzieren können, nicht vorhanden ist. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es sich um Personen handelt, welche arbeiten und die Zahlen kennen. Es ist in diesem Saal bekannt, dass mir ein Verein näher liegt als die anderen und Sie müssen mir glauben, wenn der Verein verlauten lässt, dass dies nicht finanzierbar ist. Der FC Wohlen hat bis anhin einen Barbetrag von Fr. 3'000.00 für die Paul-Walser Stiftung erhalten.

Arsène Perroud ist im VJF sehr stark engagiert und dieser Verein erhält von der Gemeinde jährlich Fr. 180'000.00. Was soll also diese Diskussion? Es ist nicht richtig, dass wir uns auf diesem Niveau bewegen. Wir werden auch in 2 Monaten nicht mehr wissen. Ich kann akzeptieren, wenn jemand sagt, dass er diesem Betriebskonzept nicht zustimmen kann. Ich kann jedoch nicht akzeptieren, dass ein Antrag gemacht wird, der zu gar nichts führt. Es ist nötig, dass der Entscheid fällt, damit die Vereine weiterarbeiten und die Budgetierung vornehmen können. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Chaksad David, SP: Es geht doch nicht, dass immer, wenn die Linken aufstehen, der Skatepark und der VJF angesprochen wird. Diese Zahlen können nicht mit dem Sportzentrum Niedermatten verglichen werden.

Wir müssen die gewünschten Zahlen vorliegen haben. Dies ist eine legitime Frage. Wir haben Vertrauen in die Vereine und die Funktionäre. Sie müssen verstehen, dass wir nach all diesen Querelen mit dem Sportzentrum kritische Fragen stellen. Dies ist in Ordnung und wird vom Einwohnerrat erwartet.

Abstimmung

Dem Antrag auf Rückweisung des Bericht und Antrages 10092 wird mehrheitlich nicht zugestimmt.

Jauslin Matthias, FDP: Gemäss § 17 kann der Gemeinderat selbstverständlich den Einwohnerrat einberufen.

Ich gebe Ihnen die Meinung der Fraktion FDP Wohlen bekannt:

Die Gemeinde Wohlen erhält eine Sportanlage zu äusserst günstigen Konditionen. Wir als Eigentümer der Anlage zahlen nicht einmal die Hälfte der Erstellungskosten. Der grössere Teil wird über Sporttotobeiträge, vor allem dank der Leichtathletikanlage von Fr. 4,0 Mio., dem grosszügigen Eigentumsübertrag des Paul Walser-Platzes der Stiftung Sportplatz Wohlen im Wert von rund Fr. 5.0 Mio. und den Beiträgen der drei Vereine FC Wohlen, Tennisclub Wohlen und Genossenschaft Athleticum von insgesamt Fr. 1,5 Mio. finanziert. Hier möchte sich die Fraktion FDP nochmals herzlich bedanken für diese grossartige Leistung dieser Partnerorganisationen.

Wir möchten noch anmerken, dass der hier in diesem Saal unter Druck entstandene Kunstrasenentscheid nach unserer Beschwerde durch das Departement des Innern aufgehoben wurde. Einen

Toleranzbereich bei Kreditsprechungen ist grundsätzlich nicht zulässig. Zeigt sich vor oder während der Ausführung, dass der gesprochene Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen in jedem Falle ein Zusatzkredit einzuholen. Dies gilt für alle Kredite.

In der Verantwortung steht klar der Gemeinderat. Wir als Fraktion gehen nach dem Votum des Gemeindeammanns davon aus, dass es beim Sportzentrum Niedermatten keine Mehrkosten geben wird und dass somit der bewilligte Kredit von Fr. 17,7 Mio. indexgebunden, mit Index April 2001, nicht überschritten wird. Sollte dieser entgegen allen Vorgaben trotzdem überschritten werden, erwarten wir noch an dieser Sitzung eine entsprechende Stellungnahme und an einer folgenden Sitzung den entsprechenden Antrag für einen Zusatzkredit.

Nur gerade wenige Wochen vor Inbetriebnahme hat sich nun der Gemeinderat zu einem Betriebskonzept Niedermatten durchgerungen. Dies erscheint auch uns reichlich spät und unverantwortlich. Die zu Lasten der Gemeinde laufenden Betriebskosten sind demnach mit Fr. 250'000.00 ausgewiesen. Auch hier gehen wir als Fraktion davon aus, dass alle Beteiligten die Kosten kennen und dass die Fr. 250'000.00 reichen. Doch vor allem die Personalkosten von Fr. 85'000.00 und die Leistungen Bauamt Fr. 25'000.00 haben in unserer Fraktion Fragen aufgeworfen. Dazu drei konkrete Fragen:

1. Sind die Vereine mit den aufgelisteten Betriebskosten, deren Entstehung und deren Grösse einverstanden?
2. Entsprechen die aufgelisteten Kosten einer Vollkostenrechnung und beinhalten sie sämtliche Bestandteile wie Personalzusatzkosten, übrige Gemeinkosten, Verwaltungskosten und Sonderkosten?
3. Werden kommerziell genützte Anlageteile gleich behandelt wie Anlageteile für Vereinszwecke?

Wie wir von der GPK erfahren haben, hat sie sich mit diesem Geschäft zweimal auseinandergesetzt. An einer ersten GPK-Sitzung wollte man zusätzlich die Energiekosten zu 50 % den einzelnen Vereinen belasten. Diese Forderung haben wir als Fraktion FDP klar abgelehnt und anschliessend die anderen bürgerlichen Parteien dementsprechend informiert. Die Reaktionen waren beeindruckend und fand ihren Höhepunkt in einer weiteren GPK Sitzung. Dass die GPK auf ihre Entscheidung zurück kam und nun einen mehrheitsfähigen Antrag stellt, ist somit nachvollziehbar. Ich hoffe nur, dass diese Versuchsballonstrategie, welche die GPK durchgezogen hat ein Einzelfall bleibt und die Kommission in Zukunft klare Entscheide treffen wird. Liebe GPK, wir wären als Fraktion auf eure lückenlose und kompromisslose Vorabklärungen angewiesen.

Diese Vorlage scheint uns nicht fertig zu sein. Da wir aber wie schon einige Male in dieser Legislaturperiode unter selbstgemachtem Zeitdruck stehen und die Vereine unbedingt einen klaren Entscheid brauchen, damit ihre Arbeiten vorwärts geht, werden wir dem Antrag der GPK grossmehrheitlich zustimmen und dem abgeänderten Bericht und Antrag zum Erfolg verhelfen. Den gleichen Erfolg wünschen wir auch den drei Vereinen beim Betrieb dieser Anlage und bedanken uns für das grosse Engagement zu Gunsten des Sportes und zu Gunsten der Jugend.

Mit dem Antrag der GPK ist unserer Meinung nach der Antrag der CVP hinfällig. Wir werden dem Antrag der GPK und dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen.

Becker Doris, Freis Wohle: Wir haben festgestellt, dass auch auf der Galerie Personen sitzen, welche in der Arbeitsgruppe Betriebskonzept Niedermatten mitgearbeitet haben. Im Namen von Freis Wohlen danken wir Ihnen. Sie hatten keine einfache Aufgabe, umso mehr freut es uns zu hören, dass in der Arbeitsgruppe jederzeit offen und fair miteinander umgegangen wurde. Wie immer führen verschiedene Wege nach Rom. Wir sehen aus dem vorliegenden Bericht und Antrag, dass

verschiedene Varianten untersucht und aus nachvollziehbaren Gründen wieder verworfen wurden. Aus unserer Sicht stellt die vorgeschlagene Lösung einen gangbaren Weg dar. Wir bedauern aber, dass nicht schon im vornhinein auf irgendeine Art Anreiz geschaffen wurde, welcher das Sparen im Energiebereich und beim Wasserverbrauch attraktiv und interessant gemacht hätte. Der Weg führt erfahrungsgemäss über das Portemonnaie.

Für Freis Wohle sind drei Punkte wichtig:

1. Die Gemeinde Wohlen als Eigentümerin des neuen Sportzentrums ermöglicht ihren drei Partnern ein finanzielles Überleben, indem sie die Voraussetzung dafür schafft. Dass die Anlage jederzeit gut gepflegt und unterhalten wird, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.
2. Es wird alles daran gesetzt, dass der in der Abstimmungsvorlage erwähnte Betrag von Fr. 250'000.00 für Betriebs- und Unterhaltskosten eingehalten werden kann. Bei der Frage der Plafonierung, schon zum jetzigen Zeitpunkt, gehen die Meinungen bei Freis Wohle auseinander. Wegen der fehlenden Erfahrungswerte sind die einen bereit, während den ersten Jahren Abweichungen zu tolerieren, während die anderen von Anfang an wollen, dass die Fr. 250'000.00 strikte eingehalten werden.
3. Sollten sich nach einer Zeitspanne von 2-3 Jahren die geschätzten Fr. 250'000.00 als völlig unrealistisch erweisen, darf eine Neu Beurteilung und eine eventuelle Neuverteilung nicht nur zwischen Gemeinderat und Betriebskommission stattfinden. Für diesen Fall möchte Freis Wohle einen transparenten, neuen Bericht und Antrag, damit der Einwohnerrat das letzte Wort hat. Wir verzichten auf einen Zusatzantrag, da CVP-CSP diesen Punkt ähnlich sieht und bereits einen Antrag gestellt hat.

Freis Wohle will auf jeden Fall Hand bieten für eine vernünftige, mehrheitsfähige Lösung. Eine Lösung, die dem Gemeinschaftswerk Niedermatten einen guten Start ermöglicht.

Fischer Fredy, SVP: Das Votum von Gemeindeammann Walter Dubler an die Vereine können wir nur begrüssen. Wir müssen uns jedoch im Klaren sein, dass der Souverän Fr. 250'000.00 bewilligt hat und dies gilt es einzuhalten.

Unsere Fraktion kann den Punkten 1 und 3 des Bericht und Antrages zustimmen. Zum Antrag 2 hätte unsere Fraktion einen Gegenantrag ausgearbeitet. Dieser Punkt wurde zwischenzeitlich von der GPK an ihrer zweiten Sitzung positiv überarbeitet. Auch wir strebten eine Plafonierung der Fr. 250'000.00 an. Der vorliegenden Form des GPK-Antrages können wir somit zustimmen. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass bei den Energiekosten nicht der teure Ökostrom eingerechnet wurde. Ebenso sind wir der Meinung, dass die kalkulierten Kosten des Bauamtes von Fr. 25'000.00 sicher am untersten Limit sind und wir nehmen an, dass in den kommenden Rechnungen die Unterhaltskosten des Paul-Walser Areals ausgeklammert werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Kostenkontrolle: Ich verweise auf den neusten Bericht und Antrag, Kostenstand, Seite 3, Punkt 5.

Antrag CVP: Der Gemeinderat hatte von diesem Antrag Kenntnis und kann sich mit ihm einverstanden erklären. Da muss ich folgendes hinzufügen: Für die Personen, die mitgearbeitet haben, ist es nicht erfreulich, dass die Zahlen in Frage gestellt werden. Für diesen Bericht und Antrag wurden die Zahlen vergleichbarer Anlagen genommen: Sportzentrum Huttwil, Sportanlage Chrummen in Freienbach. Trotzdem ist die Dimension des Sportzentrums Niedermatten, was Grösse und Beträge anbelangt, anders.

Die Gemeinde Wohlen baut eine Anlage für sehr viel Geld und wir wollen uns nie dem Vorwurf aussetzen, dass diese nicht genügend gepflegt wird. Dies muss von Anfang an gewährleistet werden. Es gibt in Wohlen Anlagen, bei denen dies leider nicht der Fall ist.

Niemand weiss, wie die genauen Energiekosten des Sportzentrums ausfallen werden. Die IBW hat die Kosten gerechnet und wir haben sie akzeptiert.

Von der Fraktion FDP kam der Vorwurf an den Gemeinderat, dass das Vorgehen betr. Zeit ziemlich knapp ist. Dies jedoch nur aus dem Grund, weil der Einwohnerrat die Stelle des Betriebswartes aus dem Budget gestrichen hat. Der Rest ist Aufgabe des Gemeinderates.

Zu den drei Fragen von Matthias Jauslin:

Sind die drei Vereine einverstanden? Natürlich sind sie einverstanden. In der Arbeitsgruppe hat jeweils ein Mitglied der drei Vereine mitgearbeitet.

Entsprechen die aufgelisteten Kosten einer Vollkostenrechnung und beinhalten sie sämtliche Bestandteile wie Personalzusatzkosten, Übrige Gemeinkosten, Verwaltungskosten und Sonderkosten? Nein! Ich verweise auf Seite 3 des Konzeptes. Da wurde eine Kostenschätzung für das Outsourcing durch die Firma ISS gemacht. Diese rechneten mit Vollkosten der Anlage. Der Stundenansatz des Hauswartes wurde mit Fr. 55.00 berechnet. Es wäre neu, wenn die Gemeinde dies machen würde. Andererseits ist es klar, dass die Arbeiten, welche das Bauamt leistet, den einzelnen Dienststellen zugewiesen wird (Paul-Walser, Schwimmbad), dadurch erreichen wir eine grössere Transparenz.

Werden kommerziell genützte Anlageteile gleich behandelt wie Anlageteile für Vereinszwecke? Ich verweise auf Seite 4, § 9 des Betriebsreglementes.

Ich bitte Sie abschliessend, den GPK-Antrag abzulehnen und dem Antrag der CVP-CSP zuzustimmen.

Gfeller Koni, FDP: Es ist richtig, dass die GPK zwei Sitzungen für dieses Geschäft abhielt. Es ist positiv, dass der Entscheid, der an der ersten Sitzung gefällt wurde, nochmals überdacht wurde. Ich danke Ihnen im Namen meiner Kommissions-Kollegen, dass Sie mitgeholfen haben, auf den richtigen Weg zu kommen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Keller Anna, EL&Grüne: Es ist so, dass am Anfang unklar ist, wie hoch die Energiekosten sein werden. In Bezug auf die Energiekosten, Fr. 114'000.00, hat die IBW die Kosten basierend auf Schätzungen berechnet. Es ist jedoch kein Energiekonzept, sondern eine grobe Energie- und Wasserkostenschätzung. Dies kann sicher am Anfang so gemacht werden. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die IBW gleichzeitig auch Partei ist. Daher bin ich der Meinung, dass während den ersten zwei Jahren der Energieverbrauch der Anlage von einer unabhängigen Fachstelle kontrolliert werden muss. Der Satz von Seite 6 „*Sie sind verpflichtet mit Wasser und Energie sparsam umzugehen. Die Beleuchtung ist auf das Nötigste zu beschränken, um Spitzenbelastungen zu vermeiden*“ ist selbstverständlich richtig. Es ist jedoch so, dass mit dem richtigen Gebrauch, Energie gespart werden kann. Es fängt schon damit an, dass die Betriebswarte gut instruiert werden, dass die Installationen gut eingestellt und während den ersten zwei Jahren kontrolliert werden. Man kann erst beim Gebrauch feststellen, was noch geändert werden kann. Werden die Gebäude im Winter den ganzen Tag geheizt? Wann werden die Heizungen eingeschaltet? Was wird im Sommer gewässert? Hat die Dusche einen Durchflussbegrenzer? Diese Fragen müssen geklärt und kontrolliert werden. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Energieverbrauch (Strom, Gas, Wasser) wird dem Sportzentrum Niedermatten von einer neutralen Stelle während den ersten 2 Betriebsjahren genau protokolliert. Aufgrund dieser Werte wird festgelegt, wieviel die Gemeinde Wohlen von den Kosten übernimmt. Nur die Energie, die durch sparsamen Betrieb im Sportzentrum Niedermatten anfällt, wird von der Gemeinde Wohlen vergütet. Wird mehr gebraucht, ist das von den betreffenden Vereinen selber zu bezahlen.

Ich bin dafür, dass die Gemeinde den Vereinen die Kosten zahlt, die sie benötigen. Es soll jedoch sparsam vorgegangen werden.

Meier René, Gemeinderat: Es liegen nun verschiedene Anträge vor und es ist unübersichtlich. Wir haben heute eine Sitzung, die sehr gut besucht ist. Es sind viele Mitglieder der Vereine anwesend, welche bemüht sind, die Finanzierung zu bewerkstelligen und die sich für die Zukunft der Vereine engagieren. Was denken diese Personen nach diesen Diskussionen? Es ist ein Affront. Wir wissen, dass der genaue Energieverbrauch ungewiss ist. Daher wird nicht kalkuliert, sondern einfach gestartet. Es ist richtig, dass in der Anfangszeit auf die Möglichkeiten, welche von Anna Keller erwähnt wurden, hingewiesen wird. Es kann jedoch nicht sein, dass ein Konzept gemacht wird und die Mehrkosten durch die Vereine gezahlt werden müssen. Der Antrag der CVP ist fair, sachlich und für alle tragbar.

Reto Widmer hat als Sprecher der GPK gesagt, dass eine Turnhalle nicht mit dem Sportzentrum verglichen werden kann. Da hat er recht. Man kann jedoch die Jugendarbeit, welche in der Hofmatten Turnhalle geleistet wird auch nicht mit der Jugendarbeit im Sportzentrum Niedermatten vergleichen. Daher sind die Kosten viel höher. Die Gemeinde muss den Vereinen zur Seite stehen und sich als Partner dieser Abteilungen ausgeben. Es geht nicht darum, dass die Vereine bevorzugt werden, sondern dass die Wohler Vereine gleichbehandelt werden. Dies ist fair.

Lassen Sie uns dies angehen, nach drei Jahren werden wir sehen, wie sich die Kosten verändern. Es ist richtig, dass die Kosten auf Schätzungen beruhen. Die IBW war jedoch bemüht, eine faire, loyale Kostenschätzung abzugeben. Die Kosten sind natürlich abhängig von diversen Einflüssen: Scheint die Sonne oft, ist es ein kalter Winter, etc. Lassen wir das Projekt starten, nach 3 Jahren schauen wir es nochmals an. Stimmen Sie dem Bericht und Antrag des Gemeinderates mit dem Zusatzantrag der CVP zu.

Keller Anna, EL&Grüne: Mein Antrag lässt sich mit oder ohne Plafonierung verwirklichen. Die Idee ist, dass während zwei bis drei Jahren eine Kontrolle durchgeführt wird. Nach dieser Zeit wird der Zielwert festgelegt, bis zu welchem die Gemeinde zahlt. Es geht darum, dass nicht uferlos über Jahre hinweg gezahlt wird. Es ist natürlich klar, dass Werte vorliegen müssen und diese sollten von einer aussenstehenden Partei festgelegt werden. Dies ist kein Affront gegen jemanden, sondern es ist fair.

Gerber Dieter, Vizeammann: Diese Äusserungen sind erstaunlich. Der Gemeinderat will sich nicht als Sponsor dieses Sportzentrums bezeichnen, wir sind jedoch vereinsfreundlich. Wir wollen, dass die Vereine überleben können. Mit solchen Anträgen machen wir die Vereine jedoch kaputt.

Wir haben in Wohlen über 100 Vereine. Wenn Sie alle gleich behandeln wollen, kann z.B. der Musikverein oder der Turnverein nicht mehr in den gemeindeeigenen Anlagen proben. Wenn Sie dies unterstützen, gehen die Vereine zu Grunde. Genau dies will der Gemeinderat nicht. Mit dem Bericht und Antrag zeigt der Gemeinderat ganz klar auf, dass er die drei Vereine unterstützen will, damit sie überleben können. Und genau dies müssen sie noch beweisen, denn wir haben ihnen einen stark bepackten Rucksack mitgegeben. Ich hoffe, dass Sie dies sehen.

Bitte, behandeln Sie alle Vereine gleich! Geben Sie ihnen eine Chance in der Niedermatte.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Der Antrag von Anna Keller ist berechtigt, aber sie hat vergessen, dass dieser auch kostet.

Keller Anna, EL&Grüne: Die Kosten abzuklären ist nicht meine Aufgabe, sondern die Aufgabe des Bauamtes. Es geht mir nur darum, dass auch die Vereine zum Energiesparen beitragen. In meinem Antrag steht ganz klar geschrieben, dass den Vereinen die benötigten Kosten vergütet werden. Ich habe in diesem Saal gelobt, dass ich für die Gemeinde einstehe und genau dies möchte ich mit meinem Antrag tun.

Bertschi Bruno, SVP: Wir haben das Wort „Ökostrom“ angesprochen. Ich möchte vom Gemeinderat ganz klar zur Antwort haben, ob von der ibw Ökostrom berechnet wurde.

Dubler Walter, Gemeindeammann: In der Berechnung ist kein Ökostrom vorgesehen.

Auch andere Personen möchten energiebewusst sein. Der Tennisclub will z.B. in Richtung Sonnenkollektoren etwas machen. Bei der Energie ist auch eine Spitzenregulierung vorgesehen. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, dass mit der Energie sparsam umgegangen wird.

Es wird immer der Betrag von Fr. 250'000.00 erwähnt. Sie alle haben die Vorlage, welche an alle Stimmberechtigten verschickt wurde, zu Hause. Man hat zu diesem Zeitpunkt das Bestmögliche gemacht mit den Informationen, welche vorhanden waren. Betrieb und Unterhalt ist eine Komponente.

Es ist schade für Wohlen, dass der Einwohnerrat solche Diskussionen führt, denn nicht nur der Gemeinderat betreibt Marketing, sondern auch der Einwohnerrat.

Furter Fabian, SP: Ich möchte ganz entschieden von uns weisen, dass wir „Vereinsverhinderer“ sind. Das einzige, was wir möchten ist, dass die Fr. 250'000.00, welche wir nie in Frage stellten, nach einem anderen Verteilschlüssel verteilt werden. Damit die Vereine in Finanzierung der Energiekosten, anders in Pflicht genommen werden.

Keller Anna, EL&Grüne: Wenn doch alle Energie sparen wollen, können Sie meinem Antrag ohne weiteres zustimmen.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Ich schlage folgendes Vorgehen vor:

- Antrag CVP-CSP betr. Evaluation 2 od. 3 Jahre
- Antrag GPK betr. Plafonierung
- Antrag Anna Keller betr. Kontrolle Energieverbrauch

Jauslin Matthias, FDP: Ich schlage ein anderes Vorgehen vor. GPK und CVP-CSP stellten ganz klare Anträge. Zuerst sollte über den Antrag von Anna Keller abgestimmt werden.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Wenn dies so gewünscht wird, werden wir einzeln über die Anträge abstimmen. Es gibt natürlich ein Problem, wenn beide Anträge angenommen werden.

Abstimmungen Zusatzanträge

Der Antrag von Anna Keller

Der Energieverbrauch (Strom, Gas, Wasser) wird dem Sportzentrum Niedermatten von einer neutralen Stelle während den ersten 2 Betriebsjahren genau protokolliert. Aufgrund dieser Werte wird festgelegt, wieviel die Gemeinde Wohlen von den Kosten übernimmt. Nur die Energie, die durch sparsamen Betrieb im Sportzentrum Niedermatten anfällt, wird von der Gemeinde Wohlen vergütet. Wird mehr gebraucht, ist das von den betreffenden Vereinen selber zu bezahlen.

wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GPK

„Die Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen sei zu genehmigen, wobei der Gemeindebeitrag von Fr. 250'000.00 bis Juni 2006 zu plafonieren sei. Dannzumal sei ein neuer Bericht und Antrag betreffend Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen (Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball-Club Wohlen und Tennis Club Wohlen Niedermatten) vorzulegen.“

wird mit 24 Ja- zu 15 Nein-Stimmen angenommen.

Der Antrag der CVP-CSP ist somit hinfällig.

Betriebskonzept

Werner Dörig, FDP: § 13/Betriebszeiten: Es steht geschrieben, dass die Betriebskommission Ausnahmen bewilligen kann. Dies steht jedoch nicht in der Kompetenz der Betriebskommission. Ausnahmen müssen vom Gemeinderat bewilligt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist durchaus möglich.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Der Tennisclub spielt des öfteren ausserhalb der Betriebszeiten. Es kann doch nicht sein, dass der Gemeinderat dazu die Bewilligung erteilen muss.

Dörig Werner, FDP: Dies tangiert das Polizeireglement und dazu ist der Gemeinderat zuständig.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Zeiten, welche im Konzept stehen, tangieren den Spielbetrieb. Rücksichtnahme gegenüber den Nachbarn ist notwendig. Diese Toleranz muss sein. Wir haben das Glück, dass die Einwohner/Innen von Wohlen sehr tolerant sind.

Der Einwohnerrat nimmt vom Betriebskonzept Sportzentrum Niedermatten Kenntnis.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag 2 inkl. Antrag GPK

Die Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen (Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball-Club Wohlen und Tennis Club Wohlen Niedermatten) sei zu genehmigen.

„Die Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen sei zu genehmigen, wobei der Gemeindebeitrag von Fr. 250'000.00 bis Juni 2006 zu plafonieren sei. Dannzumal sei ein neuer Bericht und Antrag betreffend Aufteilung der Betriebsaufwendungen zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen (Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball-Club Wohlen und Tennis Club Wohlen Niedermatten) vorzulegen.“

wird mit 37 Ja und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der gemeinderätliche Antrag 3

Für die Sicherstellung der Gemeinde obliegenden Wartung sei eine neue Stelle zu bewilligen
einstimmig angenommen.

Motion 10082 betr. Aufhebung des Schulsekretariates

Bruno Bertschi, SVP: Vor einem Jahr wurde in Wohlen die Schulleitung eingeführt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass dies mit sieben Schulleitern und je einer Teilzeit-Sekretärin eine sehr komfortable Lösung ist. Unserer Meinung nach hätte auch eine sparsamere Lösung genügt und es wäre auch nicht nötig gewesen, dass die Schulleitung bereits jetzt eingesetzt wurde, sondern erst im 2005. Damit hätten wir rund Fr. 1.2 Mio. sparen können. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass mit dieser Lösung das Schulsekretariat per Ende dieses Jahres aufgehoben werden kann. Dass die Schulpflege nicht unserer Meinung ist, ist uns klar.

Unsere Fraktion ist nach wie vor einstimmig der Meinung, dass die Motion zu überweisen sei. Wir warten nun ab, was der Gemeinderat dazu zu sagen hat.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Eine Vorbemerkung zu dem, was soeben gesagt wurde: Man spricht zwar von sieben Schulleitern, dies sind jedoch nur 455 Stellenprozent. Ich gehe davon aus, dass die Fraktion SVP von Luzia Bigler eingehend informiert wurde.

Die Motion sei abzulehnen.

Begründung

Wie die Motionäre richtig feststellen, wurde auf Beginn des Schuljahres 2003/04 das vom Einwohnerrat am 20. Januar 2003 und von den Stimmberechtigten am 16. März 2003 beschlossene Schulleitungskonzept in Kraft gesetzt.

Das zentrale Schulsekretariat ist integrierender Bestandteil dieses Konzepts. Auf Seite 17 unter „10. Organisation des Schulsekretariates“ ist dargestellt, dass das Konzept gesamthaft 360 Stellenprozent Sekretariate benötigt, wovon 160 % auf das zentrale Sekretariat im Gemeindehaus entfallen.

Das zentrale Schulsekretariat ist in erster Linie für die Schulpflege tätig und erledigt Arbeiten für die Schulleiterkonferenz. Es ist zuständig für alle administrativen und organisatorischen Aufgaben, welche die Schule als Ganzes betreffen.

Wie die Schulpflege berichtet, wäre eine Delegation dieser Aufgaben an die einzelnen Schulzentren nicht nur sachlich unzweckmässig, sondern nicht möglich, weil dort die nötigen Kapazitäten nicht vorhanden sind. Die Schulpflege bestätigt auch, dass das Schulsekretariat mit 160 Stellenprozent heute voll ausgelastet ist und die Schulpflege auf dessen Dienste nicht verzichten kann.

Gemäss Schulleitungskonzept ist spätestens 3 Jahre nach Einführung der Schulleitung eine Evaluation des Konzepts vorgesehen, mit besonderer Berücksichtigung von Führungsgrundsätzen, Strukturen, Aufgabenteilung, Effizienz der Abläufe und Ressourcenausstattung. Die Schulpflege ist bereits an der Vorbereitung dieser Evaluation. Sie hatte ursprünglich vorgesehen, das Resultat noch vor Ende der laufenden Amtsperiode, d.h. vor Ende 2005 abzuliefern.

Nachdem Zweifel an der Notwendigkeit und am Umfang eines zentralen Schulsekretariates im Einwohnerrat schon wiederholt angebracht worden sind, hat der Gemeinderat mit der Schulpflege vereinbart

- dass dem Thema „zentrales Schulsekretariat“ bei der geplanten Evaluation des Konzepts ein besonderer Stellenwert zukommt.
- dass die Resultate der Evaluation bereits bis Ende Schuljahr 2004/05 vorgelegt werden, damit die Auseinandersetzung damit noch in der laufenden Amtsperiode stattfinden kann.

Die erste Sitzung im Zusammenhang mit dieser Evaluation wird am 13. Mai 2004 stattfinden.

Der Einwohnerrat wird eingeladen, heute nicht einen überstürzten und dem beschlossenen Konzept zuwiderlaufenden Entscheid zu fällen, sondern abzuwarten, bis die Resultate der Überprüfung des Konzepts vorliegen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, diese Motion abzulehnen.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktionsgemeinschaft SP/EVP/Eusi Lütt & Grüne wird der Motion nicht zustimmen. Folgende Gründe haben uns zu diesem Entscheid bewogen:

1. Das Schulsekretariat ist ein integraler Bestandteil des Schulleitungskonzepts. Wenn dieses gestrichen würde, müsste das ganze Konzept neu entwickelt werden, den Schulleitern würden andere Aufgaben zufallen usw. Wenn man überhaupt hätte reagieren können, wäre das sicher vor der Einführung notwendig gewesen.
2. Das Schulleitungskonzept ist noch nicht einmal ein Jahr installiert. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass bereits sämtliche Abläufe von der alten Rektoratsstruktur in die neue Schulleitungsstruktur überführt wären. Das ist ein Prozess, der seine Zeit dauert. Und somit wäre es auch unklug, das Schulsekretariat zu streichen.
3. Das Schulsekretariat übernimmt wichtige zentrale Funktionen, die nicht von den einzelnen Schulzentren übernommen werden können. Es gibt neben den Schulzentren auch eine gesamte Wohler Schule, diese braucht eine Koordinationsstelle.
4. Es würden zu viele Schnittstellen geschaffen. Wenn es zum Beispiel um die Anstellung von Lehrkräften geht, kann nicht jeder Schulleiter Kontakt zum Kanton herstellen. Dies verursachte eine intransparente Struktur der Gesamtschule Wohlen.
5. Aufgaben können nicht an die SchulpflegerInnen delegiert werden, da sie nicht für operative Funktionen bestimmt sind. Es wäre so, wie wenn der Gemeinderat selber die Strassen ausmessen gehen müsste, weil es keine Bauverwaltung gäbe. Die Schulpflege ist für die strategische Führung da.
6. Die Schulpflege wurde beauftragt, das Konzept zu evaluieren und die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. Wir haben vollstes Vertrauen in diese Evaluation. Warten wir diese lieber ab, als jetzt einen falschen Schluss zu ziehen. Diese Sparübung wäre das Risiko, dass das Konzept auseinander fällt, nicht wert.

Waeber Roger, CVP-CSP: Unsere Fraktion ist einstimmig gegen die Überweisung. Die Schulleitung ist in einer Einführungsphase und hat sich bis jetzt bewährt. Wir können uns die Auflösung des Schulsekretariates nicht vorstellen, ist es doch momentan eine zentrale Anlaufstelle, wo alle Fäden zusammenlaufen. Warten wir die Evaluation ab und greifen wir dieser nicht vor.

Dörig Werner, FDP: An der Einwohnerratssitzung vom 21.03.2003 betr. Schulleitung wurde in diesem Saal kontrovers diskutiert. Insbesondere hat sich unsere Fraktion damals mit den beantragten 455 Stellenprozenten auseinandergesetzt. Eine Minderheit hat sich damals gegen das vorliegende Konzept ausgesprochen. In diesem Zusammenhang gesehen, ist diese Motion nicht aus der Luft gegriffen. Die Mehrheit unserer Fraktion hat sich jedoch für das Schulleitungskonzept ausgesprochen. Unsere Fraktionssprecherin hat in ihrem Votum darauf hingewiesen, dass die jährlich wiederkehrende finanzielle Belastung messbare Resultate zur Folge haben muss. Wir setzen hier an und verweisen auf die Entwicklungsoption des Schulleitungskonzeptes, welches festhält, dass die Organisation des Schulsekretariates aufgrund der gemachten Erfahrungen evaluiert werden muss und in einer späteren Phase allenfalls etwas mehr zu zentralisieren wäre.

Gespannt warten wir auf die Evaluation des Schulleitungskonzeptes mit besonderer Berücksichtigung von Strukturen, Aufgabenteilung und Effizienz der Abläufe, wie sie in der Vorlage nachzulesen sind und lehnen die Motion einstimmig ab.

Meier Maya, Freis Wohle: Wohlen hat total 330 Sekretariatsstellenprozente, mit der Musikschule 360. Das bedeutet, dass Wohlen im Vergleich mit andern Gemeinden im Durchschnitt liegt. Freis Wohle ist der Meinung, dass die grösste Schulgemeinde des Kantons ein zentrales Schulsekretariat braucht, trotz der Sekretariate in den Schulleitungen. Irgendwo müssen die Fäden zusammenlaufen und die grosse Liste an Aufgaben, die das Schulsekretariat hat, rechtfertigen dies. Dass man darüber diskutieren kann, ob und welche Aufgaben an die Schulleitungssekretariate abgegeben werden könnten, und über wie viel Stellenprozente das zentrale Schulsekretariat verfügen soll, können wir nachvollziehen. Dass man aber gleich eine Abschaffung verlangen kann und damit die Stelleninhaber vor den Kopf stösst, ist für uns unverständlich. Wir wissen alle, dass eine Ueberprüfung des Konzepts im Gang ist. Wir warten gespannt auf die Evaluation und danken der Schulpflege schon jetzt für die grosse Arbeit. Freis Wohle kann der Motion nicht zustimmen

Bertschi Bruno, SVP: Nach den Voten ist es unschwer auszurechnen, wie die Abstimmung ausfallen wird. Aber ich darf nach den Äusserungen von Gemeindeammann Walter Dubler erfreut feststellen, dass die Motion bereits die ersten Auswirkungen hat. Wir warten nun die Evaluation ab. Nach meiner Prognose wird gar nichts abgebaut, aber dann sprechen wir nochmals darüber!

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 10082 der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon betr. Aufhebung des Schulsekretariates wird mehrheitlich abgelehnt.

Dringliche Motion 10091 betr. Ausrichtung der Finanzpolitik auf einen Steuerfuss von 110 %

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Überweisung und Dringlichkeit benötigen die 2/3 Mehrheit.

Bertschi Bruno, SVP: Es muss zuerst über die Dringlichkeit gesprochen werden.

Külling Harold, Gemeinderat: Man muss über die Dringlichkeit der Motion nur abstimmen, wenn der Vorstoss nicht auf der Traktandenliste aufgeführt wird. Da der Präsident diese Motion traktandierte, können wir direkt über die Überweisung diskutieren.

Perroud Arsène, SP: Das Volk hat klar Nein gesagt zu einer Steuererhöhung. Dies ist der SP Wohlen bewusst. Wir als Einwohnerräte sind aber dazu verpflichtet, dem Volk die Wahrheiten aufzuzeigen, auch die negativen Tatsachen müssen dem Volk wahrheitsgetreu vorgelegt werden. Nur dann können Entscheide gefällt werden. Das ist unser Verständnis von Demokratie.

Das Nein zur ersten Budgetvorlage und das Nein zur Grüngutgebühr bringen die Gemeinde Wohlen in finanzielle Schieflage. Kürzungen, die den Finanzhaushalt entlasten würden, sind nur beim Wahlbedarf möglich. Dass dieser beschränkt und schnell ausgeschöpft ist, wird wohl allen klar sein.

Für das Jahr 2005 werden Mio. fehlen. Niemand hat sich aber dahingehend geäußert, wo denn das Geld eingespart werden soll. Darüber dürfen wir an der November Sitzung diskutieren, dann also, wenn der Zug zum Aushandeln und zur Reaktion der Betroffenen bereits abgefahren ist.

Die Gemeinde Wohlen konnte fürs letztes Jahr einen Steuerertragsüberschuss von 3 Mio. einfahren. Diese Fr. 3 Mio. werden aber schnell wieder verbraucht sein, eigentlich sind sie bereits schon ausgegeben: Fr. 2 Mio. für die vorgeschriebenen Abschreibungen, Fr. 600'000.00 für die fehlenden Einnahmen aus der Grüngutgebühr.

Auch wenn unser Vorstoss in den Reihen hinter mir auf wenig Gegenliebe stösst, müssen heute die Wahrheiten aufgetischt werden. Wenn Wohlen weiterhin mit einem Steuerfuss von 105 % leben will, müssen weitgehende Sparmassnahmen getroffen werden, die natürlich wiederum alte Menschen, die Jugend und die Kultur treffen werden. Einmal mehr diejenigen, welche sowieso über wenig verfügen und keine grosse Lobby hinter sich haben. Die Schulden der Gemeinde werden sich erhöhen.

Ich möchte eine ältere Spitexbenutzerin zitieren, als nach der Budget-Abstimmung die Ankündigung der Erhöhung der Spitextarife ins Haus flatterte: „Wenn ich gewusst hätte, dass jetzt meine Prämien steigen, hätte ich nicht Nein gestimmt.“ Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieses kleine Beispiel zeigt uns, dass der Bevölkerung durch clevere Propaganda weisgemacht wurde, Wohlen verfüge über einen Geldvorrat, der angezapft werden kann. Das ist nicht der Fall, sondern eine falsche Aussage.

Wir müssen heute dazu Stellung beziehen, welche Ausgaben eingespart werden könnten, welche Leistungen die Fraktionen als überflüssig erachten. Das Motto „Sparen“ und „auf die Kernaufgaben beschränken“ tönt zwar gut, wenn dann aber die Auswirkungen für die einzelnen sichtbar werden, ist es für alle Betroffenen schmerzhaft. Zudem beschränkt sich die Definition Kernaufgaben auf ein rechtsbürgerliches Verständnis und wird nicht von der Bevölkerung geteilt. Wenn die Kernaufgaben diejenigen sind, welche die Rechtsbürgerlichen befriedigen, sind das noch lange nicht die, welche einen Grossteil der Bevölkerung befriedigt.

Es geht heute darum, die Verantwortung für drastische Sparmassnahmen zu übernehmen, das heisst, konkret zu werden, bei welcher Institution Geld gestrichen werden soll. Oder aber wir sagen, ja, die Gemeinde Wohlen braucht mehr Steuern, wenn sie das jetzige Level behalten will.

Seien wir alle hier im Saal ehrlich mit uns selbst: Wem macht es keine Mühe, der älteren Frau zu erklären, warum sie jetzt mehr bezahlen muss? Oder wer kann mit einem guten Gewissen den Eltern der Schüler entgegentreten, die nun plötzlich viel mehr für die Schulreise bezahlen müssen? Dazu fehlt uns dann der Mut, wenn wir die konkreten Situationen sehen und die Verantwortung übernehmen müssen.

Der Gemeinde Wohlen fehlt viel Geld. Grosse Investitionen in den letzten Jahren haben die Kassen geleert. Dies sind aber Leistungen, die der Bevölkerung direkt zugute kommen. Wir dürfen nun nicht, nachdem alles realisiert wurde, meinen, wir können die dadurch entstandene Mehrbelastung auf die Schultern der Schwachen der Gesellschaft übertragen. Leider wird genau dies passieren. Wenn wir das machen, sind wir in höchstem Masse ungerecht.

Wenn die Schuldenlast weiter zunimmt, werden wir in ein Vakuum geraten, welches die Gemeinde handlungsunfähig macht und damit unattraktiv für Neuzuzüger. Gemäss Finanzplan mit einem Steuerfuss von 110 % und kostendeckenden Grüngutgebühren sind für Ende 2007 Schulden von Fr. 40 Mio. prognostiziert. Das ist eine Verdoppelung des heutigen Standes. Mir soll mal jemand erklären, wie sich die Gemeinde Wohlen ein solches Szenario leisten kann, resp. wer dafür die Verantwortung übernehmen wird?

Wie eng der Spielraum schon ist, zeigte sich an der letzten Budgetdebatte. Und das bürgerlich dominierte Kantonsparlament wird den Rest dazugeben, durch Aufgaben, die sie kurzerhand auf die Gemeinde abschieben und somit beim Kanton gespart haben. Schlussendlich zahlen wir es trotzdem selber. Und der Einwohnerrat wird genau dasselbe machen, er schiebt die Kosten von der Gemeinde auf die einzelnen Bürger ab. Das ist nicht gespart, sondern einfach Kosten verschoben. Welche Auswirkungen das haben wird, ist einfach: Die Reichen werde immer reicher und den Schlecht-Gestellten werden immer mehr Leistungen entzogen, auf dass es ihnen noch ein bisschen schlechter geht.

Geschätzte Anwesende, wir alle in diesem Saal, der Einwohnerrat und der Gemeinderat, müssen diese politische Verantwortung übernehmen und uns heute klar dazu äussern, wo wir konkrete Sparmöglichkeiten sehen. Auch wenn es eine bittere Pille ist, müssen wir akzeptieren, dass es so nicht mehr weitergeht und aus objektiver Sicht eine Steuererhöhung notwendig ist. Wir müssen unsere politische Verantwortung wahrnehmen, auch wenn sie schief in der Landschaft steht und nicht unseren Wahlslogans hilft.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, die Motion abzulehnen.

Die Faktenlage präsentiert sich wie folgt: Am 30. November 2003 haben die Wohler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den 1. Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 110 % mit einem Nein-Stimmenanteil von 74.6 % sehr deutlich abgelehnt. Am 8. Februar 2004 wurde die Einführung einer Gebühr für Grüngutbeseitigung und die Erhöhung der Sack- und Sperrgutgebühr für die Finanzierung des übrigen Abfallwesens mit einem Nein-Stimmenanteil von 70.4 % ebenfalls sehr deutlich abgelehnt. Gleichzeitig hat das Volk den 2. Voranschlag mit einem Stimmen-Anteil 85.8 % klar gutgeheissen.

Der Gemeinderat interpretiert die Volksentscheide wie folgt: Die Mehrheit der Wohler Stimmenenden ist nicht bereit, für die Entsorgung von Grüngut eine neue Gebühr in Kauf zu nehmen. Im weiteren will sie keinen höheren Steuerfuss. Die klare Ablehnung der Gebühr für Grüngutbeseitigung

und die gleichzeitig hohe Annahme des 2. Budgets ohne Steuerfusserhöhung zeigt, dass differenziert abgestimmt wurde.

Das Volk hat ganz klar Leitplanken gesetzt, an welchen sich der Gemeinderat und auch der Einwohnerrat zu orientieren hat. Das heisst, dass bei den laufenden Ausgaben soweit als möglich Zurückhaltung geübt werden muss. Das heisst weiter, dass die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen zeitlich nicht so umgesetzt werden können, wie ursprünglich vorgesehen. Die Fr. 40 Mio., welche vorhin erwähnt wurden, sind weit weg. Welche Investitionen verschoben werden sollen, wird der Gemeinderat im neuen Finanzplan darlegen. Dieser wird nach Vorliegen der Jahresrechnung 2003 erstellt. Es ist zu hoffen, dass sich die Wirtschaftslage verbessert und so das Steueraufkommen wächst. Dies ist der einzige Weg, um zu zusätzlichen Mitteln zu kommen, welche erlauben, die anstehenden grösseren Investitionen zu realisieren.

Der Steuerabschluss 2003 war um beinahe 3 Millionen Franken besser als budgetiert. Im Voranschlag 2004 wurde diesem Umstand Rechnung getragen. Es gilt deshalb die weitere Entwicklung abzuwarten, bevor über eine Veränderung des Steuerfusses wieder diskutiert wird. Die meisten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden es nicht verstehen, wenn dieser Vorstoss entgegengenommen würde.

Die Motion der SP ist zwar gut gemeint, trägt aber dem aktuellen Willen einer grossen Mehrheit der stimmenden Bevölkerung nicht Rechnung. Der Gemeinderat bittet deshalb den Einwohnerrat, die Motion betreffend Ausrichtung der Finanzpolitik auf einen Steuerfuss von 110 % abzulehnen.

Fricker Matthias, J-CVP: Unsere Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Wir hatten zwei klare und deutliche Volksentscheide und wir sind der Meinung, dass diese akzeptiert werden müssen, obwohl auch unsere Fraktion ursprünglich einen Steuerfuss von 110 % unterstützte. Bei der Beratung des 1. Budgets mit einem Steuerfuss von 110 % wurde in diesem Saal des öfteren auf die Folgen einer Abweisung hingewiesen. Die Stimmbürger wurden über diese Folgen durch die Medien informiert und wussten daher ganz genau Bescheid. Im Rahmen des nächsten Voranschlages kann wieder über eine Steuererhöhung diskutiert werden. Eine Motion ist unserer Meinung nach nicht das geeignete Mittel.

Hartmann Karl, FDP: Unsere Fraktion spricht sich klar gegen die Überweisung der Motion aus.

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 10091 der Einwohnerratsfraktion SP Wohlen betr. Ausrichtung der Finanzpolitik auf einen Steuerfuss von 110 % wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Motion 10085 betr. Überarbeitung und Aktualisierung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates

Jauslin Matthias, FDP: Die Fraktionspräsidenten der bürgerlichen Parteien haben das Geschäftsreglement des Einwohnerrates, welches rund 12 Jahre alt ist, durchgeblättert und einige Positionen gefunden, die wir überarbeiten möchten. Wir wollen alle hier im Saal involvieren, daher reichten wir diese Motion ein. Eine Arbeitsgruppe aus allen Parteien, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, sollte gebildet werden, um die Gemeindeordnung und das Reglement zu überarbeiten. Wir sind überzeugt, dass dieses Reglement noch nicht veraltet ist, trotzdem gibt es einige Anpassungen, welche vorgenommen werden müssen.

Külling Harold, Gemeinderat: Die heute gültige Gemeindeordnung wurde vom Einwohnerrat am 24. August 1992 und von den Stimmberechtigten am 6. Dezember 1992 beschlossen. Auf Grund der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte erfolgte eine einzige Ergänzung mit Urnenabstimmung vom 26. November 2000 bezüglich separate Wahl von Gemeindeammann und Vizeammann. Ausdrücklich auf eine Änderung verzichtet wurde anlässlich der Änderung des Gemeindegesetzes, wonach Voranschlag und Steuerfuss nicht mehr zwingend der Urnenabstimmung zu unterstellen sind. Aber auch hier blieb man beim bisherigen System.

Weitere Änderungen der übergeordneten Gesetzgebung, welche eine Anpassung der Gemeindeordnung zur Folge hätten, sind nicht eingetreten. Der Ruf der Motionäre nach einer Aktualisierung geht daher ins Leere.

Das gültige Geschäftsreglement des Einwohnerrates wurde vom Einwohnerrat am 30. September 1993 erlassen und auf den 1. Januar 1994 in Kraft gesetzt. Bei der Erarbeitung des Reglementes wurde u.a. das Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht sowie das Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates beigezogen. Damals wurden insbesondere das Verfahren und die Fristen bei der Abwicklung von Vorstössen auf eine neue Basis gestellt.

Seit Erlass des Geschäftsreglementes ist ebenfalls keine Entwicklung eingetreten, welche die Notwendigkeit einer Überarbeitung begründen würde. Auch die beiden erwähnten kantonalen Erlasse sind nicht in Punkten geändert worden, welche uns zum Nachziehen animieren könnten.

Besonderes***Mitgliederzahl der Schulpflege***

Mit dem Beschluss über die Einführung der Schulleitung vom 16. März 2003 wurde beschlossen, die Mitgliederzahl der Schulpflege auf sieben zu reduzieren. Wir haben auch gehört, dass das Schulleitungskonzept in drei Jahren evaluiert wird. Dies ist der richtige Zeitpunkt, um über die Anzahl der Mitglieder der Schulpflege zu sprechen.

Kandidatensystem statt Listenstimmensystem bei Einwohnerratswahlen

Das Wahlsystem des Einwohnerrates ist in § 1 der kantonalen Verordnung über die Wahl des Einwohnerrates festgelegt. Auf Gemeindeebene besteht diesbezüglich keine Entscheidungsbefugnis. Im Rahmen der Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Reduktion der Mitgliederzahl des Grossen Rates ist geplant, auch für den Einwohnerrat das Kandidatenstimmensystem einzuführen.

Einreichungsfrist für Initiativen

Weder das Gemeindegesetz noch die kantonale Verordnung über die Initiative und das Referendum sehen Fristen für das Einreichen von Initiativen auf Gemeindeebene vor. Die Gemeinde hat keine Kompetenz, diesbezüglich andere Regelungen zu treffen.

Vollamt, Halbamt oder Teilamt des Gemeindeammanns

Im Bericht und Antrag 9148 betreffend Regelung der Verhältnisse zwischen der Einwohnergemeinde und dem Gemeindeammann hat der Gemeinderat seine Ansicht kundgetan, dass das Gemeindeammannamt in Wohlen als Vollamt beibehalten werden muss, wie es seinerzeit das Volk auch beschlossen hat. Der Gemeinderat ist nach wie vor dieser Ansicht.

Fristen bei Vorstössen

Wie eingangs erwähnt, wurden die Fristen für die Behandlung von Vorstössen anlässlich der letzten Revisionen von Gemeindeordnung und Geschäftsreglement den neuesten Erkenntnissen angepasst. Diese haben sich bewährt. Der Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf.

Eine Gesamtüberarbeitung einer Gemeindeordnung drängt sich dann auf, wenn man grundsätzlich neue Vorstellungen hat, wie unsere Gemeinde organisiert werden sollte.

Muff Sepp, SP: Auch ich war erstaunt, als ich die Motion erhalten habe. Es ist nett, dass auch der innere Kreis teilnehmen darf. Scheinbar wird der Einwohnerrat in zwei Teile gespalten.

Wie der Sprecher des Gemeinderates bereits sagte, ist meiner Meinung nach die Motion überflüssig. Das Thema der Schulpflege ist nun vorerst abgeschlossen und der Grosse Rat hat auch schon beschlossen. Was dieser beschliesst, wird automatisch auf Gemeindeebene Anwendung finden. Die erste Beratung im November 2003 hat bereits die Weichen gestellt. Eigentlich geht es nur um das Vollamt des Gemeindeammanns. Einige Personen in diesem Saal sind der Meinung, dass wir einen anderen Gemeindeammann haben sollten, welcher die Arbeit besser macht. Persönliche Angelegenheiten auf dieser Ebene sollten nicht in diesem Saal besprochen werden. Vielleicht sollten sich diese Personen für das Amt zur Verfügung stellen. Bald ist es wieder soweit, die Messer können schon mal gewetzt werden.

Der grössere Teil des Inneren-Ringes ist der Meinung, dass diese Motion nicht überwiesen werden sollte.

Keusch Marianne, EL&Grüne: Die Motion ist speziell. Es werden Gründe für eine Überarbeitung genannt, welche nicht in der Kompetenz des Gemeinderates liegen oder sie werden anderweitig geregelt. Schlussendlich merkt man dann, um was es in dieser Motion wirklich geht: um das Vollamt des Gemeindeammanns. Seit 1990 hat Wohlen einen vollamtlichen Gemeindeammann. Als es um die Einführung ging, war ich bereits einmal im Einwohnerrat. Es gab damals keine kritischen oder zweifelnden Stimmen. Unsere Gruppierung war die einzige, welche etwas zu diesem Punkt sagte.

Der Einwohnerrat war der Meinung, dass die vielfältigen und ständig steigenden Arbeiten der Gemeinde nur noch mit einem vollamtlichen Gemeindeammann wahrgenommen werden können. Mit 71 % sagte damals auch das Stimmvolk ganz klar ja zu diesem Vollamt. Die Aufgaben haben seither sicher nicht abgenommen, trotzdem versuchen die Bürgerlichen seit 1998 in einem 3-Jahresrhythmus, das Vollamt in Frage zu stellen. Wir werden den Verdacht nicht los, dass dieses Thema mit den heutigen Exponenten der SVP und FDP nicht personenunabhängig diskutiert werden kann. Dies ist sicher nicht im Interesse unserer Gemeinde. Wir lehnen die Überweisung der Motion ab.

Chaksad David, SP: Meine Vorredner haben schon einiges vorweg genommen. Diese Motion ist nichts anderes als ein Trojanisches Pferd. Im Strategiestall der Rechtsbürgerlichen versucht man

nicht zum ersten Mal, solche Trojanische Pferde zu schaffen, welche mitten in unser Gemeindehaus gesetzt werden. Dass es Personen gibt, welche den Gemeindeammann gar nicht mögen, ist kein Geheimnis, im Gegenteil, die Offensichtlichkeit dieses Kampfes nimmt komische Züge an. Es kommt mir so vor, als ob dieses Trojanische Pferd nun leider auch mit Hilfe der FDP und CVP fortbewegt wird. Wieso diese mithelfen, ist mir ein Rätsel. Sie verhelfen damit einer kleinen Gruppe, welche mit dieser Motion offensichtlich nur das Amt des Gemeindeammanns attackieren wollen, vermutlich zum Durchbruch. Hätten Sie die Motion auch unterstützt, wenn der Gemeindeammann der CVP, SVP oder FDP angehörte?

Die Gemeindeordnung umfasst 45 Paragraphen, das Geschäftsreglement 54. Wenn man als Begründung Beispiele nennen muss, welche alleine der Kanton steuern kann, ist dies peinlich. Diese Beispiele sind wirklich sehr unglücklich gewählt! Oder es geht wirklich nur um das Amt des Gemeindeammanns. Um die Mitgliederzahl der Schulpflege zu ändern, muss jedenfalls keine Kommission eingesetzt werden.

Ich appelliere an Sie: Verhelfen Sie nicht gewissen Personen zu einem fragwürdigen Erfolg! Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie von den Stimmberechtigten gewählt wurden, um auf diese Art zu politisieren. Ich fordere die Motionäre auf, die Motion zurückzuziehen, da sie offensichtlich nicht nötig ist. Die meisten Beispiele der Begründung können wir nicht beeinflussen.

Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch, damit sich die Motionäre beraten können und ich bitte die Motionäre vernünftig zu handeln. Ziehen Sie die Motion zurück und legen Sie einen ehrlichen, seriösen Vorschlag vor.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch wird mehrheitlich abgelehnt.

Fricker Matthias, CVP-CSP: Wir hätten die Motion auch eingereicht, wenn der Gemeindeammann ein Mitglied unserer Partei wäre. Es geht uns überhaupt nicht um das Voll- bzw. Teilamt des Gemeindeammanns. Ich gebe Ihnen die Gründe an, warum ich diese Motion unterschrieben habe: Im Herbst 2002 hat unsere Fraktion einen Antrag eingereicht, dass die Interpellationen in Zukunft vorgängig schriftlich beantwortet werden müssen, damit sich die Einwohnerräte besser auf eine allfällige Diskussion vorbereiten können. Der damalige Einwohnerratspräsident hat diese entgegengenommen, er hat uns jedoch ganz klar empfohlen, eine Motion zur Überarbeitung des Geschäftsreglementes einzureichen. Es gibt noch andere Punkte im Geschäftsreglement, welche überarbeitet werden müssen. Wir hatten diese Motion schon seit längerem in der Schublade, waren jedoch der Meinung, dass noch genügend andere wichtige Geschäfte anliegen. Als nun diese Idee zu uns herangetragen wurde, entschlossen wir uns, diese Motion zu unterzeichnen, da sie in die selbe Richtung geht. An dieser Überarbeitung sollen alle Parteien mitarbeiten können.

Becker Doris, Freis Wohle: Ich habe keine stichhaltige Begründung gefunden, welche eine Überarbeitung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes erforderlich machen.

Eine kurze Bemerkung zum Voll- oder Teilamt des Gemeindeammanns: Die Grösse der Gemeinde Wohlen und die damit verbundenen Aufgaben haben 1989 zu dieser Anpassung geführt. Seither hat sich Wohlen weder gross verändert, noch haben sich die anfallenden Aufgaben und Arbeiten des Gemeindeammanns reduziert. Auch bei mir kommt der Verdacht auf, dass es einmal mehr um die Person des jetzigen Amtsinhabers geht. Es ist wie eine Krankheit, sie bricht in regelmässigen Abständen aus.

Widmer Reto, Freis Wohle: Ich konnte mich bis heute Abend noch nicht für oder gegen die Motion entscheiden. Ich habe auf stichhaltige Argumente gehofft, welche mir bis anhin leider nicht weitergeholfen haben. Harold Külling als Vertreter des Gemeinderates hat gesagt, dass kein Anlass zu Überarbeitung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes besteht. Ich hätte nun gerne eine klare Stellungnahme der Motionäre, damit ich entscheidungsfähig bin.

Jauslin Matthias, FDP: Uns Motionären ist sehr daran gelegen, dass wir gemeinsam das Geschäftsreglement überarbeiten, denn es geht um Themen, welche uns betreffen. Alle sprachen das Teil-/Vollamt des Gemeindeammanns an. Dies ist natürlich ein Begehren, welches gewisse Personen haben. Auf der anderen Seite gibt es ein Begehren, welches z.B. uns sehr wichtig ist: Die Fristen der Vorstösse. Der Gemeinderat hat 2 Jahre Zeit, bis diese behandelt werden. Z.B. in Baden hat der Stadtrat 6 Monate Zeit. Wir sind der Ansicht, dass es ideal wäre, wenn die Fristen so angepasst werden, dass die Vorstösse noch in der selben Amtsperiode behandelt werden. Es kann doch nicht sein, dass heute etwas überwiesen wird, was danach von Personen behandelt werden muss, welche zum heutigen Zeitpunkt noch nicht im Rat sind. Dies ist unser Hauptanliegen.

Es gibt noch andere Punkte, welche diskutiert werden müssen: Bezeichnungen Motion/Postulat/Direktauftrag. Diese Umschreibungen sind im Geschäftsreglement nicht ganz klar.

Chaksad David, SP: Das ganze Vorgehen ist unseriös und peinlich. Bringen Sie ein anständiges Papier, welches auch wir unterstützen können. Es kann doch nicht sein, dass Beispiele aufgezählt werden, welche nicht durchsetzbar sind. Setzen Sie diesem Spiel ein Ende.

Dörig Werner, FDP: Als ich diese Motion erhalten habe, ist mir das Teil-/Vollamt des Gemeindeammanns gar nicht ins Auge gefallen, es ist für mich sekundär. Es wäre nicht richtig, wenn man den Fraktionen dies unterstellen würde. Es ist richtig, dass diese Liste nicht das Gelbe vom Ei ist. Es handelt sich um gesetzliche Vorlagen und bei denen haben wir keinen Handlungsspielraum. Wie es bereits Matthias Jauslin gesagt hat, ging es mir hauptsächlich um das Thema „Fristen“. Es könnten Verbesserungen präsentiert werden.

Man darf zu einem Geschäft geteilter Meinung sein, aber die Voten meines Vorgängers bedaure ich.

Külling Harold, Gemeinderat: Ich möchte mich nicht an den Verdachtsäusserungen beteiligen. Ich nehme die Motion beim Wort und wenn ich diese anschau, geht es bei dieser Motion um eine Gesamtüberarbeitung. Das perfekte Geschäftsreglement und die perfekte Gemeindeordnung wird es nie geben. Man hat die Frage, ob Interpellationen schriftlich begründet werden sollen, bereits diskutiert. Bei der letzten Revision war dies kein Thema. Man kann immer wieder darauf zurückkommen. Aber ich muss den Personen Recht geben, welche der Meinung sind, dass bei dieser Motion wenig Fleisch am Knochen ist. Es müsste Grundsätzlicheres vorliegen, damit es sich lohnen würde, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Sie müssen sich überlegen, wie Sie diese Übung vor dem Stimmbürger und dem Steuerzahler rechtfertigen wollen, denn eine Überarbeitung kostet Zeit und Geld.

Muff Sepp, SP: Wenn die Antworten zur Interpellation künftig schriftlich im voraus gegeben werden, ist dies auch mit Kosten verbunden. Dies kennen wir zu Genüge vom Grossen Rat. Es wird auch so noch genügend darüber diskutiert werden. Dies kann nicht verhindert werden. Meinen Sie, die Beantwortung der Motion sei besser, wenn sie innert 6 Monaten erfolgen muss? Wir haben in diesem Jahr wichtigere Geschäfte als dieses zu behandeln.

Abstimmung

Die Motion 10085 betr. Überarbeitung und Aktualisierung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates wird mit 23 Ja- zu 13 Nein Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Salathé Claude, Einwohnerratspräsident: Damit sind wir am Schluss der Sitzung. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 10. Mai 2004 statt.

Für getreue Protokollführung:

Claude Salathé, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.